

Bezugspreis:

Möbliert 70 Goldpfennig, monatlich 2.— Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Lauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebung und Kleinigkeiten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Seinwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Restlangenzeile 4.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außer bei zwei Zeilenzeilen). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 25. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Aufnahmekonferenz im Januar.

Nach Räumung der ersten Zone.

Genf, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Wenn Deutschland die Vorverhandlungen über den Eintritt in den Völkerbund rechtzeitig erledigt, rechnet man hier mit der Einberufung einer Sonderkonferenz des Völkerbundes zum Januar nächsten Jahres. In französisch-belgischen Kreisen ist man der Auffassung, daß diese Sonderkonferenz nicht vor dem 10. Januar 1925 einberufen wird. Dieser Tag ist bekanntlich als Termin für die Räumung der ersten Zone (Köln usw.) vorgesehen. Im Anschluß daran ist die baldige Räumung von Düsseldorf-Duisburg-Ruhrort sowie des Ruhrgebietes in Aussicht genommen. Dadurch würde ein günstiger Boden für die Sonderkonferenz und eine reibungslose Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gesichert sein.

Laut dem Völkerbundsstatut müssen für die Aufnahme Deutschlands folgende drei Bedingungen erfüllt sein: 1. Anerkennung durch alle Staaten, 2. Feste Grenzen, 3. Erfüllung internationaler Verpflichtungen. Unter dem letzten Punkt ist in erster Linie die Militärkontrolle zu verstehen, deren Resultat die französischen Kreise abwarten wollen. Somit sind sie aber bereit, Deutschland einen Sitz im Völkerbundrat einzuräumen.

Die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundes erfolgt auf Grund Artikel 1 Absatz 3 der Völkerbundsstatut, der besagt, wenn ein Mitglied oder mehrere eine besondere Tagung für nötig halten, demnachrichtigen sie den Generalsekretär, der diese Absicht den anderen Mitgliedern mitteilt. Wenn innerhalb eines Monats die einfache Mehrheit der Mitglieder diesen Plan billigt, beruft der Generalsekretär die außerordentliche Versammlung. Da bislang kein offizieller Antrag auf Erhöhung der Zahl der ständigen Ratsmitglieder gestellt wurde, wird die Sonderversammlung hierüber entscheiden. Zur Annahme ist Einstimmigkeit des Rates und einfache Mehrheit der Vollversammlung nötig.

Deutschlands Antrag zu spät. — Außerordentliche Tagung in Sicht.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Berichterstatter des „Journal des Débats“ in Genf fragte Lord Parmoor nach seiner Ansicht über die Möglichkeit, für Deutschland noch im Laufe dieser Tagung seinen Eintritt in den Völkerbund zu beantragen. Parmoor erklärte, daß es nach seiner Auffassung zu spät sei, einen solchen Schritt zu unternehmen. Deutschland könnte im Laufe einer außerordentlichen Session angenommen werden. Ein weiteres Telegramm desselben Blattes besagt in der Tat, daß man in den Völkerbundkreisen die Möglichkeit einer solchen außerordentlichen Tagung erwägt.

Hestiges Mißtrauen gegen Stresemann.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ bespricht am Mittwochabend in einem Leitartikel das Kommuniqué über die Berliner Ministerkonferenz und schreibt u. a.: Der Reichskanzler Ratz scheint der Versöhnung zugeneigt und überhaupt allem, was vernünftig und geeignet ist, die Schwierigkeiten zu lösen, weil er sich die etwaige Unterstützung der Linksparteien sichern muß, um die Offensive der Deutschnationalen zu brechen. Herr Stresemann dagegen hat nicht darauf verzichtet, das Spiel der Nationalisten zu betreiben, und er sucht die Formen der deutschen Politik von morgen stets unter dem Gesichtspunkt der Bildung eines Bürgerblocks. Stresemann hat Konzessionen machen müssen, weil die Forderung der Deutschnationalen und die Gewalt ihrer Angriffe ihm nicht gestatten, sich mit ihnen offen solidarisch zu erklären, ohne eine Krise zu provozieren, die nur durch die sofortige Auflösung des Reichstages gelöst werden könnte.

Der „Temps“ erklärt dann weiter, daß die Absicht der Leiter der Reichspolitik offenbar die sei, über kurz oder lang zu einer Revision des Versailler Friedensvertrages auf folgende Art zu gelangen: Zunächst würde man die Frage der Kriegsschuld aufwerfen unter dem Vorwand, das deutsche Volk von der furchtbaren Last, die auf ihm lastet, reinzuwaschen. Sodann würde man die Verpflichtung, die Reparationen zu leisten, bestreiten unter dem Vorwand, daß diese Verpflichtung aus ihrer Verantwortung erwachse, welche man ausdrücklich bestreite. Sodann endlich würde man versuchen, auf die territorialen Veränderungen der Friedensverträge zurückzukommen. Deutschland verlangt, daß es an der Kontrolle seiner eigenen Rüstungen teilnehme durch die Macht des Völkerbundes, und es ist zweifelhaft, daß, wenn die Frage der Entwaflnung zur Sprache kommen wird, es auf eigenes Konto die These übernehmen wird, die Graf Apponyi in Genf entwickelt hat und die darin besteht, die Entwaflnung der Sieger des Weltkrieges zu fordern als Gegenleistung der Entwaflnung der Besiegten. Das sind einige der Möglichkeiten, die Berlin uns für die Zukunft in Aussicht stellt.

Amerika begrüßt den Kabinettsbeschluss.

New York, 24. September. (Ill.) In hiesigen politischen und Finanzkreisen wird der Entschluß der deutschen Reichsregierung, dem Völkerbund beizutreten, lebhaft begrüßt. Besonders im

Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen wäre der Berliner Kabinettsbeschluss sehr glücklich. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird als ein neuer Schritt vorwärts angesehen, der zur Beseitigung der Kampfatmosphäre in Europa viel beitragen dürfte. Daß die Reichsregierung bei dieser Gelegenheit nochmals die Kriegsschuldfrage aufrollen werde, will man hier nicht glauben, hält ein solches Vorhaben auch für aussichtslos. Die Zeitungen geben von dem Berliner Beschluß gleichfalls mit Befriedigung Kenntnis.

Geteilte Aufnahme in England.

London, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung von Deutschlands Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund hat in England beinahe ausnahmslos eine außergewöhnlich günstige Aufnahme gefunden, da maßgebende Kreise und sämtliche Parteien in Deutschlands Eintritt nicht nur einen Vorteil für Deutschland, sondern eine entscheidende Wendung in der Geschichte der Völkerbundpolitik erblicken und allgemein die Ansicht herrscht, daß erst durch den Hinzutritt Deutschlands die Entwaflnungs- und Sicherheitspolitik des Völkerbundes verwirklicht werden könne. Darum stößt sich niemand an der Forderung nach Aufnahme in den Völkerbundrat. Hingegen haben einige Stellen im Kommuniqué selbst in Deutschland wohlgefälligen Anzeichen äußerster Besorgnis erregt. Von der Regierung nachsichtlicher Seite wird betont, daß die Aufrollung der Schuldfrage, insbesondere aber die offene oder verlausulierte Ablehnung der Verpflichtungen der Artikel 16 und 17 in einer bevorstehenden Note, die Genfer Aktion völlig vernichten würde. Wird von deutscher Seite bei dem kommenden offiziellen Führer eine über die Gleichberechtigung und den ständigen Rat hinausgehende Forderung gestellt, so würde, wie die Haltung der Mittwoch-Abendblätter beweist, die ganze Aktion als ein deutsches Manöver aufgefaßt, dessen Zweck nicht der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sondern das Gegenteil der Fall sei. Selbst der „Manchester Guardian“, der Deutschlands Chancen im gegenwärtigen Augenblick als äußerst günstig beurteilt, spricht die Befürchtung aus, Deutschland könne durch eine taktische Ungeschicklichkeit alles verspielen. Daß ein solcher Ausgang der gegenwärtigen Aktion zu einem Stimmungsumschwung gegenüber Deutschland führen und der deutschen Sache unendlichen Schaden zufügen würde, darüber wird in politischen Kreisen keinerlei Zweifel gelassen.

Die Flucht der Erzberger-Mörder. Ein Gastspiel in der Tschechoslowakei.

Aus Prag wird uns geschrieben: Erst vor wenigen Wochen ist bekannt geworden, daß sich die Erzberger-Mörder auf ihrer Flucht aus Deutschland auch in der Tschechoslowakei, und zwar in der Stadt Rajchau, aufgehalten haben. Inzwischen konnten wir feststellen, daß sich über den Aufenthalt im Rajchauer Polizeiarchip folgendes Protokoll befindet:

Am 11. August 1922 wurden in der Nähe der Stadt Rajchau, an der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze, von der tschechoslowakischen Grenzwaache zwei junge Leute verhaftet, die die Grenze ohne Paß überschritten wollten. Beide wurden nach der Direktion der Staatspolizei in Rajchau gebracht, wo sie ein Geständnis ablegten, aus dem hervorgeht: August Fischer und Johann Schulze, 19 Jahre alte Universitätslehre, kommen von Hamburg durch Deutschland nach der Tschechoslowakei, um von hier nach Ungarn zu flüchten. Beide sind mit laufenden Zahlen verlebene Mitglieder der Organisation „Consul“. Schulze trägt die Nummer 2312. Sie stehen mit ihren ungarischen Begünstigungsgenossen, zu denen sie hinüber wollen, in Verbindung. Unzählige Budapest Adressen wurden bei ihnen vorgefunden. Bei ihrer Verhaftung boten sie sehr verzweifelt, nicht nach Hause geschickt zu werden, sie wollten lieber Selbstmord begehen. „Nur nach Deutschland,“ bitten sie.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß die Rajchauer Blätter nach der Verhaftung von der Rajchauer Polizeikorrespondenz ein fünfzeiliges Kommuniqué zugestellt erhielten, in dem berichtet wird, daß zwei junge Leute wegen Verlaufs der unerlaubten Grenzüberbrechung verhaftet wurden. Vier Tage nach ihrer Verhaftung sind Fischer und Schulze gelegentlich eines Spazierganges im Gefängnishof geflüchtet und in der gleichen Nacht bei Hidasnemetz über die Grenze nach Ungarn gegangen. Seitdem ist der Rajchauer Polizei über die beiden Mörder nichts bekannt gewesen.

Die Rolle der Rajchauer Polizei und ihres Direktors Dr. Kliman in der Affäre ist nicht ganz klar. Ohne irgendwelche Verdächtigungen ausprechen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß den Flüchtlingen gerade auf Anordnung Dr. Klimans ein vier- bis fünfständiger täglicher Spaziergang im Gefängnishof bewilligt wurde. Der Umstand, daß nach ihrer Flucht einige Beamte der Rajchauer Polizeidirektion strafweise veretzt wurden, spricht gerade nicht für eine ordnungsgemäße Inhaftierung. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch der Zeitungserferent der Rajchauer Polizeidirektion die strenge Anordnung erhielt, alle Berichte über diese Angelegenheit zu konfiszieren.

Hinaus auf den Weltmarkt!

Zu den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen.

Am 10. Januar 1925 gewinnt Deutschland die handelspolitische Selbständigkeit wieder, die ihm durch die Weistbegünstigungsklausel des Versailler Diktats verlorengegangen war. Die Ententestaaten hatten Deutschland die Verpflichtung auferlegt, alle Vorteile, die es in einem Handelsvertrag irgendeinem Staate einräumte, auch sämtlichen Unterzeichnern des Friedensvertrages zu gewähren. Das hatte praktisch zur Folge, daß Deutschland keinen Vertrag mit anderen Ländern abschließen konnte. Denn alle Vorteile, die es einem Vertragsgegner gewähren konnte, kamen praktisch sämtlichen Welthandelsstaaten zu gute, während das deutsche Volk keinen Anspruch auf eine gleichberechtigte Behandlung erheben durfte. Hinsichtlich werden am 10. Januar ferner die Verpflichtungen, die Deutschland Frankreich gegenüber hatte eingehen müssen, besonders die zur freien Einfuhr eisäffischer Produkte. Deutschlands Wirtschaftseinheit — die Voraussetzung dafür, daß alle diese Erleichterungen auf Wirksamkeit werden und nicht nur tote Form bleiben — ist gegen den Willen der Deutschöfischen, der Hälfte der Deutschnationalen und sämtlicher Kommunisten durch die Annahme der Dawes-Befehle hergestellt. Die Bahn zum Weltmarkt ist, soweit Deutschland selbst in Betracht kommt, nach 10 Jahren Kriegs- und Valutablockade und nach fünf Jahren handelspolitischer Entrechtung endlich wieder frei.

Soweit Deutschland selbst in Betracht kommt; dem der Weg zum Weltmarkt führt über die Landesgrenzen hinaus in die Länder, die — abgesehen von England — größtenteils hohe Schutzollmauern gegen fremde Wareneinfuhr errichtet haben. Diese Schutzollmauern nach Möglichkeit niederzuliegen, das ist die Aufgabe der kommenden Handelspolitik. Mehr noch als das. Denn der Sinn unseres Strebens, als gleichberechtigte Vertragsgegner in die Arena des Welthandels zu treten, muß es sein, die nationalen und internationalen Kriegsfolgen zu überwinden, unserer Arbeitskraft in der Warenausfuhr neue Arbeitsfelder zu erschließen und die durch die eigene Produktionsfähigkeit gegebenen Arbeitsmöglichkeiten voll auszunutzen. Heute läuft unsere Wirtschaft zu einem erheblichen Teil leer, ganze Gewerbezweige arbeiten eingeschränkt, und die geringe Belegung des Arbeitsmarktes, die in den letzten Wochen zu verzeichnen ist, hat kaum die schlimmsten Wunden am Wirtschaftskörper geschlossen, geschweige denn geheilt. Nur eine aktive Förderung des Warenexportes zugleich mit einer durchgreifenden Reorganisation des Produktionsganges und einer gerechteren Verteilung des Arbeitserlöses zwischen Kapitalisten und Arbeitern vermag die deutsche Wirtschaft aus der gegenwärtigen schweren Not zu befreien und Abfuhrkanäle für die Güter zu schaffen, die bei größerer Anspannung der Wirtschaftskraft erzeugt werden können.

Mannigfach sind die Rüstungen, die die deutsche Wirtschaft zur Erreichung besserer Arbeitsmärkte in dieser neuen Lage trifft. Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade jetzt die Vertreter deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland sich zu einer erdrückenden Tagung und zu besserer Zusammenarbeit in Berlin eingefunden haben. Wichtiger aber sind die Vorbereitungen neuer Handelsverträge und die Ausarbeitung eines neuen Zolltarifs, der den Verhandlungen zugrunde gelegt werden soll. Der Handelsvertrag mit Spanien bedarf nur noch der Ratifikation. Andere Verträge sind im Stadium der Vorbereitungen. Bis zu einer gewissen Reife sind die Verhandlungen mit Belgien gediehen. Vorbereitungen über Handelsverträge mit anderen Mächten, vor allem mit Frankreich und England finden ebenfalls statt.

Hier haben es deutsches Ungeschick und die Angst der Auslandsstaaten vor der deutschen Konkurrenz fertiggebracht, dem Abschluß von Verträgen neue Schwierigkeiten entgegenzustellen. England hat seine 26prozentige Abgabe auf die Einfuhr deutscher Waren, ein leider noch nicht völlig ausgemergeltes Ueberbleibsel des Londoner Diktates von 1921 wieder eingeführt, um ein Kompensationsobjekt für Verhandlungen mit Deutschland zu haben. England bedarf seiner Meinung nach eines solchen Handelsobjektes, weil es seine im Krieg und in der Nachkriegszeit eingeführten Schutzollabgaben in der während hinter den Türen deutscher Amtsstuben und in den Bureaus von deutschen Interessentenverbänden eine fieberhafte Tätigkeit für Revision des Zolltarifs eingeführt hat. Frankreich ließ die Sorge vor einer ihm feindseligen deutschen Handelspolitik nicht ruhen — es führte gleichfalls eine Abgabe von 26 Proz. auf deutsche Warenimporte ein, obwohl es in den hohen Schutzöllen bereits die notwendigen Verhandlungsgrundlagen besitzt.

Beide Maßnahmen widersprechen dem Geiste des Dawes-Planes und der durch die deutsche Unterschrift unter dem Londoner Abkommen vollzogenen Reparationsregelung. Der Dawes-Plan erkennt die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands an. Die Exportabgabe Frankreichs und Englands aber hat in gewisser Weise die Wirkung von Kampf-

zählen, deren finanziellen Ertrag zwar nicht der deutsche Exporteur, sondern der Transfertonormar zu bestreiten hat, die gleichwohl eine schlanke Belastung der deutschen Warenausfuhr nach diesen Staaten darstellen. Unter Berufung auf die „Reparationen“, deren Abwicklung die einzelnen Gläubigerstaaten nach dem Londoner Vertrag nichts mehr angeht, hat man die handelspolitische Vormacht Frankreichs und Englands gegenüber Deutschland zu verstärken gesucht und Eingriffe in den Zahlungsplan vorgenommen, die der rechtlichen Grundlage entbehren. Wir Sozialisten haben um so mehr Veranlassung, das zu bedauern, als dieses Auftreten der Ententeregierungen der Reaktion von Hülse bis Hergt Wasser auf die Mühlen geliefert und in weiten Kreisen eine Stimmung erzeugt hat, die einem freundschaftlichen internationalen Meinungsaustausch über die großen Wirtschaftsprobleme alles andere als günstig ist. Die deutsche Regierung trifft eine Mitschuld an dieser Zuspitzung insofern, als sie nicht deutlich genug gesagt hat, was sie will. Anstatt eine klare handelspolitische Linie einzuschlagen, pendelt sie in kümmerlicher Haltlosigkeit zwischen dem berechtigten „Schutz der nationalen Arbeit“ und dem Willen zur freihändlerischen Erschließung des Weltmarktes hin und her. Die Geheimnistuerei, die mit der neuen Zollvorlage betrieben wird, die widerspruchsvollen Aeusserungen über die zollpolitischen Absichten, sie müssen nicht nur das Ausland, sondern auch das Inland stutzig machen. Wenn die Regierung positive Arbeit zur Entwirrung dieser schwierigen Lage leisten will, so wird sie nicht nur ihre zollpolitischen Forderungen der breitesten Öffentlichkeit vorlegen müssen, sie wird auch beim Transfertonormar vorstellig werden müssen dahin, daß sie gegen eigenmächtige Einmischung einzelner Staaten in die Reparationsübertragung Einspruch erhebt und im Zweifelsfalle an das für solche Streitfälle vorgesehene Schiedsgericht appelliert.

Der ganze Widersinn in der Behandlung der Zollfrage kann nicht deutlicher zum Ausdruck kommen als in der Tatsache, daß die Frage der Industriezölle bereits im Reichswirtschaftsrat verhandelt wird, während über das Schicksal der Getreidezölle, deren Gestaltung für die Produktionskosten der Industrie von großer Wichtigkeit ist, noch keine Entscheidung getroffen ist. Der Reichslandwirtschaftsminister hat mit einem Schein von Recht die Vorlage herausgebracht, als die Tonne Roggen 130 M. kostete. Jetzt kostet der Roggen 217 M., 53 M. mehr als vor dem Kriege. Die Vorlage ist nicht zurückgezogen. Und was das Erstaunlichste ist, die industriellen Interessenten, die aus dem Munde des schutzpolitischen Prof. Anhang wissen, daß Getreidezölle gleichbedeutend sind mit einer Erschwerung des Exports, dieselben Leute, die über die „ungeheure Belastung der Industrie“ in einschüderndem Gleichakt ächzen, stöhnen, schreien — diese Leute setzen sich sogar jetzt noch für Agrarzölle ein. So ist es neuerdings wieder zu sehen in einer Entschlebung des Deutschen Industrie- und Handelstages. Wie wird aus diesem Widerspruch ein Sinn? — Doch nur dann, wenn man weiß, daß die Industrie seit jeher Agrarzölle nur vertreten hat, wenn sie damit die Zustimmung der Agrarier zu Industriezöllen erkaufte. Gewiß redet man nach außen hin immer so, als wolle man nur eine „mäßige“ Schutzpolitik. Aber die Meinung darüber, welche Zölle als mäßig anzusehen sind, geht auseinander, und man weiß nur, daß gewisse Industriezweige unmäßig hohe Zölle verlangen und in der Regierungsvorlage auch zugesichert erhalten haben. Daher die zwiespältige Haltung des Reichswirtschaftsrats. Aber dieses ganze Treiben schädigt unsere Stoffkraft nach außen hin auf das Bedenklichste. Wir brauchen einen Zolltarif für Handelsvertragsverhandlungen. Wenn damit aber die Absicht projektionsistischer Wirtschaftspolitik verknüpft wird, braucht man sich über das Mißtrauen sonst uns wohlwollender Staaten nicht zu wundern. Man kann nicht gleichzeitig ein Zollsystem schaffen, das den üblichen Raubzug auf die Taschen der Verbraucher und Exportprämien für die kartellierten Industrien bringt, auf der anderen Seite so tun,

als ob man dem Ausland gegenüber zu Zugeständnissen in der Zollfrage bereit sei. Diese Unklarheit ist es, die uns geschadet hat. Der Reichswirtschaftsminister Hamm hat auf der Tagung der Auslands handelskammern frustige und eindringliche Worte gefunden für den Willen, Deutschland wieder exportfähig zu machen. Wir wünschen, daß die Regierung den Worten auch Taten folgen läßt. Denn wir müssen mit unseren Waren hinaus auf den Weltmarkt, oder es sind Millionen Volksgenossen zuviel auf deutscher Erde. Darum fordern wir eine klare, auf die Erschließung des Weltmarktes gerichtete Handelspolitik und gründliche Abkehr von dem Schachergeschäft der Interessenten, das sich hinter dem Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ versteckt.

Reformator Schlange.

Christliche Umsturzabsichten in der Partei Hergt.
In Pommern ist Herr Schlange aus Schöningen zum Landesvorsitzenden der Deutschnationalen an Stelle des verstorbenen Kalkewik gewählt worden. Schlange ist jener Mann, der die schärfste Tonart in der Partei der abgetakelten Erzzelebranten und jugendlichen Dörchlüchtungsvertreter. Er ist es, der einer Beamtendeputation aus dem besetzten Gebiet, die bei den Deutschnationalen für die Annahme der Dawes-Gesetze plädierte, nun erst recht würde er versuchen, jeden seiner Fraktionsgenossen zu bewegen, daß er mit „Rein“ stimme! Dieser besagte Schlange ist jetzt Landesvorsitzender von Pommern, hat also in dem — neben Ostpreußen — wohl agrarischsten Teile des Reichs eine besondere Rolle zu spielen. Er ist denn auch der Mann, der an der „Reform“ der Partei in der Partei nach der Richtung arbeitet, daß sie in Zukunft „schärfste Opposition“ treibe. Vorausgesetzt, daß nicht vorher der im heiligen Berliner Pakt ausbedungene Kaufpreis von vier Ministerfraktionen für 48 Stimmen bezahlt werde. Für je ein Duzend deutschnationale Stimmen ein Ministerfraktion! Wenn's das nicht gibt, dann hagel's! Und dann wird Schlange den Hergt fortbeissen. . .

Im Schlange-Gebiet liegt das Städtchen und der Kreis Schlawe. Dort hat die deutschnationale Ortsgruppe diesen grimmigen Beschluß gefaßt:
Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Schlawe der Deutschnationalen Volkspartei ersucht den Landesverband Stettin (also Schlange Red. d. B.), die Reichsparteileitung in Berlin davon in Kenntnis zu setzen, daß die auch hier aller Orten in Erscheinung getretene Erregung über die Abstimmung im Reichstag am 29. August nur dadurch beseitigt werden kann, daß eine grundsätzliche Umwandlung der Reichsparteileitung nicht nur in Aussicht genommen, sondern tatsächlich durchgeführt wird.

Die Kreisgruppe Schlawe fügte diesem Beschluß hinzu, es handle sich „um ein Trugbild Hergts, zu glauben, daß von einem maßgebenden Einfluß der Partei in der Regierung die Rede sein könne“.
In der vorhergehenden Aussprache hatte Pastor Stavenhagen betont, zu der Reichsparteileitung sei das letzte Vertrauen geschwunden. „Trotzdem bleiben wir bei der Partei.“ Er verlange aber von dem Kreisreformer, daß er sein Wort einlöse, als er von einer „Reformation an Haupt und Gliedern“ sprach, wobei der Ton auf „Haupt“ liegen müsse!
Die Herren aus Schlawe sind sicher nicht falsch beraten. Nach allem, was der Wind aus dem Reiche weht, ist kaum noch Stimmung dafür, daß die Fraktion halb und halb „maßgebenden“ Einfluß im Kabinett erhalte. Auf dem badischen Zentrumsparteitag erklärte in einer öffentlichen Versammlung der Fraktionsvorsitzende Fehrenbach, daß der deutschnationale Anspruch, für die halbierete Abstimmung noch durch Ministerfraktionen belohnt zu werden, durchaus unberechtigt und außerdem geeignet sei, das Vertrauen

in die Reichspolitik im In- und Auslande auf das schwerste zu erschüttern!
In der „Germania“ wird in einem Rückblick auf die ober-schlesischen Wahlen darauf hingewiesen, daß dort die Deutschnationalen das Zentrum und seine toten und lebenden Führer in einer Tonart verunglimpft haben, wie man das kaum jemals vor dem Kriege erlebt hat. Daß dadurch die Neigung zum Bürgerblock im Zentrum nicht gewachsen ist, liegt auf der Hand.

Das Berliner Zentrum gegen Bürgerblock.
Die Zentrumspartei Groß-Berlin hat folgende Entschliebung angenommen:
Die Zentrumspartei von Groß-Berlin, vertreten durch den Provinzsausschuß und den Vorstand des Gewerbandes der Bindereibünde, begrüßt die durch die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zutage tretenden starken Kräfte zum Schutze der bestehenden Verfassung gegen gewalttätigen Umsturz. Bezüglich des Beitritts zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold läßt die Partei ihren Mitgliedern volle Freiheit.
Zur politischen Lage spricht der Provinzsausschuß die bestimmte Ueberzeugung aus, daß einer Partei, welche die Grundlagen unserer gegenwärtigen Außenpolitik ablehnt und bekämpft, kein Einfluß auf die Fortführung dieser Politik eingeräumt werden darf und stellt mit Befriedigung fest, daß die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei auf das Entschiedenste gewillt ist, die bisherige gradlinige Richtung der vom Reichskanzler Dr. Wirth eingeleiteten und vom Reichskanzler Marx fortgeführten Politik beizubehalten und sichert in dieser Erwartung der Reichstagsfraktion und der Parteileitung alle Unterstützung zu.

Schwierige Verhandlungen bei der W.-A.-Partei.
Der Vorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern nachmittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen und beschäftigte sich mit der Frage der Regierungserweiterung. Die Verhandlungen konnten nicht beendet werden. Sie wurden auf heute vertagt.

Deutschnationale vor den Staatsgerichtshof!

Die völkische Forderung.
Im Bad Doberan hielt laut „Westenburger Warte“ der Reichstagsabgeordnete Schröder-Bismar (Kaisog.) eine Rede, die er mit folgender Erklärung schloß:
1. Wenn der völkische Staat errichtet ist und er wird errichtet werden, werden für uns völkische die Dawes-Gesetze nicht bestehen.
2. Wird im völkischen Staat auch ein Staatsgerichtshof bestehen, vor dem sich neben den November-Verbrechern auch alle Jäger vom 29. August zu verantworten haben werden.
Diese Erklärung wurde mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

Reichsbahn und Regie.

Dortmund, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Ergebnis der bisher in Raina geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichseisenbahn und der Regie steht fest, daß die Bahnhöfe Witten-Rosk und Witten-Ost sowie die Eisenbahnhauptwerkstätte Witten-Ruhr ebenso wie die gesamte Ruhrtafbahn von Vordale bis Essen am 15. Oktober dem Organisationskomitee übergeben werden. Das Organisationskomitee wird die Strecken zur Abwicklung der Ueberleitung 10 Tage lang verwalten und dann endgültig der Reichseisenbahn übergeben.

Verbot der „Pommerschen Tagespost“. Der Preussische Minister des Innern, Severing, hat die Deutschnationale „Pommersche Tagespost“ wegen eines Artikels, in dem von „sozialistischer Luderwirtschaft“ die Rede war, auf die Dauer von 2 Wochen, und zwar vom 25. September bis einschließlich 9. Oktober 1924 verboten. Verlag und Schriftleitung der „Pommerschen Tagespost“ haben gegen dieses Verbot Beschwerde beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig erhoben.

Flüssige und überflüssige Musik.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Das künstlerische Bild des Dirigenten Georg Schnepf ist frei von jenen Schattierungen und Posaillfarben, die das Wesentliche in der Erscheinung einer großen Persönlichkeit ausmachen. Das Bild hat, wie er selbst, Grenzen. Die Konturen sind scharf, und in der Darlegung sinfonischer Gewichte haben wir noch bisher nicht viel mehr als großes Licht und düstere Schatten bemerkt. Aber manche halten ihn für den kommenden Mann, für die Gegenwartsstudie. Darum unternimmt er das Wagnis, in Berlin alle Sinfonien und Konzerte Beethovens zum Vortage zu bringen. Ob der routinierte Mann fühlt, ahnt, weiß, daß diese Aufgabe zu den heiligsten, zu den schwersten gehört, die sich ein Dirigent stellen kann? In einer besonderen Feierstunde gelangt der einzelne Baur einer sinfonischen Gestaltung im Geiste Beethovens manchmal tüchtigen Stabführer. Aber im Rauche des Berliner Konzerttrubels — was soll uns da der Beethoven-Anflug? Diese Partituren deuten sich aus zum Grade der menschlichen Beeindruckung durch ihre eigene Melodie. Sie selbst wirken zu lassen, dazu bedarf es — paradox, es zu sagen — unerhörter Probengebäude und der Einheitslichkeit eines Willens und der Suggestivität eines Arbeitsanleiters und des Einfallreichums eines Lenkers. Aus der Weltschau eines Dirigenten oder eines jauchzenden Lebensbejahers, aus der Vorliebe eines Singenden oder kämpfenden eines vom Gegenwartsstudium Abgestoßenen oder Angeseuerten gegeben, kann Beethovens Gesamtcharakter Ereignis, Höhepunkt werden. Wer ist Schnepf? Ein höchst routinierter, sachlicher, von gutem, aber bequemem Willen geleiteter Mann, eine respektable Kraft für ein städtisches Orchester. Aber greifen wir nicht vor: die erste Sinfonie erklang in aller Leichtigkeit, an den Uebergängen und Anfängen nicht gerade minutiös geübt, das Andante stark mechanisiert. Und ob die Fidelio-Arie, von Stefanie Kurt mit etwas mottigem Ausdruck gesungen, überhaupt vorbereitet war, darf bezweifelt werden. Schnepf hat ein dankbares und großes Publikum. Wäre er zu seinem Rechte kommen!

Zu diesem Recht gehört auch die Hinterlegung von 2 Goldmark für das Programm. Darin stehen historische Hinweise auf die Sinfonien, die 7 Vortagsfolgen und Reden von Orchestersprecher. Ein Programm des ersten Volksbühnen-Konzerts enthält neben Vortagsfolgen zweier Orchesterkonzerte eine ästhetisch-kritische Einführung in den Stil der Orchestermusik und einen freundlichen rosafarbenen Umschlag. Preis: 10 Pfennig! Es ist zu empfehlen, daß sich das Publikum von den Vorkonzerten die Programme abschreibt, um dem Bucher (30 Pf.) für den Zeit ohne Text entgegenzuarbeiten. Für die Volksbühne spielte Günther Roman aus Leipzig. Ein Abend galt Bachschem Werk, einer seinen Vorgängern und Bahnbrechern, Scheidt, Sweelinck, Lübeck, Buxtehude. Der Geschmack der Vortagswahl wurde in dem Geschmack, mit dem Roman spielt, bestärkt. Das ist kein Stürmer und Draufgänger, sondern ein feiner, stiller, intimer Virtuose des Instruments. Wenn er erst auf der ihm unbekanntem Orgel der Garnisonkirche eingepflegt war, dann verlor er alle Lust zum raumfüllenden und den Körper nicht als die Seele erschütternden Instrumenten. Ein Meister der behau-

lichen Wirkungen und der zarteren Registrierungen. Sein tüchtiger Griff, der ihm nicht fremd ist, hebt die weichen Forderungen der Hände und sogar des Pedals noch schöner heraus. Nur selten einmal wurde eine Probe nebelhaft, verschommen, locker im Zusammenhalt. Leider war die Kirche an den Abenden, die gleich lehrreich und erquickend ausklangen, sehr leer. Ist die Orgel nicht die Königin unter den Instrumenten mehr? Mehr Sinn für die Tiefe, als für die virtuose Oberfläche, meine Lieben von der Volksbühne!

Ein neuer Name: Leonora Corlez. Mädchen von etwa 18 Jahren, das sich zum Lehrer ein Klavierprogramm für drei anspruchsvolle Abende zurechtlegen läßt. Von Bach und Beethoven bis Chopin, Liszt und Schalkowsky. Wird sie das durchhalten? Sie erfüllte heute noch kein einziges Werk höherer intuitiver Prägung mit eigener Kraft, eigenem Durchleben. Der Anschlag gleichmäßig hart, die thematische Ausarbeitung genau und buchstabenmäßig, mit wenig Schnitzern, Geist und Bau kalifornisch, spielerisch, doch nicht in plastischer Schwere nachbildend, die einer Bachschen Giacomo, Beethovens Op. 110 frommi. Mädchenhaft, weiblich gerät sie ins Halten, wenn weite, bewusste Zurückhaltung am Werke ist. Werke der letzten Weisheit im Spiel bewältigt — wech ein Widerspruch! Und dennoch: eine große Begabung. Wenn auch nur streckenweise und in Absätzen — es schwingt plötzlich einmal tonlicher und Formbildungsreiz zu uns über. Die Eifertigkeit scheint verkehrt wirkendes Temperament, der hämmerige Anschlag Uebermaß an Kraft zu sein. Im Klavierkonzert dürfte sie erfolgreich durchdringen im Virtuosenstil und der kantablen Oberflächennelodie, etwa Tschaikowskys hohes Talent erweisen. Jugend will Oberfläche. Blagt sie nicht mit der Nyctal der Undurchdringlichkeit!

Joseph Sziget. Mit unter der weiterwendigen Stimmung seiner Geige. Hoch ach, er wie er im Respekt vor Händen und Bech sein ungarisches Blut hat, seinen Ton, der sonst leichter gewogen schien, tonisiert, härzt, veredelt. Die Frage in G-Moll von Bach (für Geige allein) spielt auch er nicht mit kontrapunktischer Sauberkeit, zu der ein Ueberwerfen des Bogens gehört, die Siciliana und das Presto (sowie Händels A-Dur-Sonate) aber mit jener Herzhalt, die schönste Seite männlicher Empfindungsstärke ist. Reiner der ausermählten Geiger, so viel Können und Seele er auch freimacht, aber immer in nahem Abstand von den Großen.

Helig Weingartner ist der elegante und graziose Dirigent der Münchener Philharmoniker, der er vor 20 Jahren war; aber auch der Oberflächenskomponist. Was soll uns diese flüssig-überflüssige Musik der 4. Weingartner-Sinfonie? Uns, den Menschen von 1924? Diese vier Sätze arbeiten mit allem Komfort aller Tage, es kommt alles in ihnen vor, der Postromantizismus und der romantische Hörner-Weber und ein moderner Operettenmacher und ein Salschen Brahms. Das anständig gefonnene und gebaute Stück hat viele Noten, doch keine rote, es ist ein Werk ohne Herz, mit wenig wäherlichem Gesinnung und ohne Tiefgang. Weingartner musizierte es glänzend herunter, gerade als wär's ein Stück von ihm. Den einzigen Emil Sauer begleitete er in dem schon antiquierten Virtuosenkonzert A-Dur, dem List sehr musikalisch, aufmerksam, einfühlbar. Sauer ist der großformatigste Salonspieler, der lebt, immer weich und songesfreudig, niemals dämonisch, eine Erquickung der Sinne. Keine innere Härte läßt, vollendete Harmonie zwischen Mensch und romantischer Ausprägung flüßiger Musik.

Berufliche Arbeit als physiologisches Problem.

Ueber dieses wissenschaftlich und praktisch gleich wichtige Thema sprach auf der gegenwärtig in Innsbruck tagenden 88. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte Prof. Major hier vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie. Der Redner wies darauf hin, daß in allen Kulturstaaten Ingenieure, Wirtschaftler, Ärzte und Naturwissenschaftler eifrig daran arbeiten, nicht nur die Maschinen, sondern auch den Menschen mit einem möglichst hohen Wirkungsgrad arbeiten zu lassen. Die Voraussetzung für jede rationelle Organisation eines Betriebes ist es, daß der rechte Mann am rechten Ploz steht. Zur Ermittlung der physiologischen Eignung für bestimmte Berufe genügen die allgemein-ärztlichen Untersuchungsmethoden nicht. Man ist mangels einer geeigneten Allgemeinprobe für die Leistungsfähigkeit gezwungen, die Organe einzeln zu untersuchen. Der Vortragende hat mit Dr. Herbst eine Methode eronnen, die es gestattet, das Volumen der unteren Extremitäten zu messen und somit die größere oder geringere Befähigung eines Arbeiters, Arbeiten in stehender Stellung auszuführen, zu untersuchen.

Neben der physiologischen Eignungsprüfung ist die Frage der Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft von besonderer Bedeutung. Mit einem Minimum von Energieverbrauch sollen Maximalleistungen ausgeführt werden. Eine modernen Ansprüchen genügende Rationalisierungsmethode soll die Leistung steigern, ohne daß, wie beim Taylor-System, die Gefahr einer übermäßigen Beanspruchung des Arbeiters besteht. Durch die Uebung gestaltet sich das Zusammenwirken der einzelnen Muskeln immer zweckmäßiger, dadurch wird der Energieverbrauch für die gleiche Arbeit sehr viel kleiner. Die Bewegungskurven eines gut trainierten Arbeiters zeigen eine auffallende Steilheit. Der Ungerübte führt rudartige unharmonische Bewegungen aus. Dem Vortragenden ist es gelungen, alle im Fabrikbetrieb vorkommenden Bewegungsformen auf eine begrenzte Zahl von Elementarbewegungen zurückzuführen. Durch die Untersuchung dieser Elementarbewegungen ist das Problem der Rationalisierung der menschlichen Arbeit physiologisch faßbar geworden. An dem einfachen Beispiel des Hebens von Lasten wurde gezeigt, wie durch die richtige Wahl der Ausgangshöhe, der Hubhöhe und der Last eine Energieersparnis bis zu 50 Prozent erzielt werden kann. Als Beispiel, wie wichtig die Wahl des richtigen Arbeitstempes für die Ökonomie der Arbeitsleistung ist, wurden Untersuchungen über das Drehen einer Kurbel beschrieben; dabei zeigte es sich, wie wichtig es für jede von Hand betriebene Maschine ist, daß die bewegte Masse im richtigen Verhältnis steht zu der gewählten Geschwindigkeit.

Um über die Frage der günstigsten täglichen Arbeitszeit und die günstigste Anordnung der Pausen Angaben machen zu können, sind Untersuchungen notwendig. Alle bisher angegebenen Methoden zur Erfassung der Gesamtermüdung sind unbrauchbar, während die Messung der einzelnen Organe weniger Schwierigkeiten bereitet. So besitzen wir in der Kralpelinischen Abdiernethode ein brauchbares Verfahren zur Messung geistiger Ermüdung. Der Eintritt der Ermüdung eines Arbeiters ist dadurch gekennzeichnet, daß er zur Ausführung einer bestimmten Bewegung Hilfsmuskel heranziehen muß. Da der Grund für den erhöhten Energieverbrauch bei der Ermüdung in der veränderten Ausprägung der Bewegungen

Frontbannskandal.

Ludendorff kauft.

München, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Von einer Seite, die ganz offensichtlich Einblick in die beschlagene Akten des Frontbannes hatte, erfährt die Regierung nahegelegene „Mugsburger Postzeitung“ folgende Einzelheiten über die Organisation des Frontbannes:

Der Frontbann ist eine militärische Kampfgeneration nach jeder Richtung hin. Er ist militärisch gegliedert und aufgebaut, er hat Oberkommandos, Abteilungskommandos, Truppenkommandos, Bezirkskommandos und örtliche Kommandos eingerichtet, die streng militärisch geführt werden. Es gab Befehle des Oberkommandos, es gab Bataillonsbefehle, ganz wie beim Militär, im selben Ton, in derselben Form, mit demselben Inhalt. Es wurde unbedingter militärischer Gehorsam und unbegrenzte Anerkennung der Führer verlangt. Man hatte auch formell einen Fahnenraub, man gab Dienst- und selbst Bekleidungs-vorschriften heraus, ganz im militärischen Stil, sogar mit Tuchprobe und Anleitung zum Mahnen der Uniformen. Unter diesen Umständen wird der Staatsgerichtshof eine einfache Arbeit zu leisten haben. Es fragt sich nur, ob auch diesmal wieder nur die kleinen Handlanger das Bad ausbaden müssen, während die „Schirmherren“ Ludendorff und Röhm als immune Reichstagsabgeordnete frei ausgehen können.

In München ist gegen sechs Mitglieder des deutschvölkischen „Frontbann“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ein Verfahren wegen Fortführung verbotener Kampforganisationen eingeleitet worden. Ueber die sechs Mitglieder ist Haft verhängt, das Verfahren an den zuständigen Staatsgerichtshof in Leipzig weitergegeben worden. Es ist selbstverständlich, daß im Verlauf des Prozesses die Frage nach dem verantwortlichen Führer des „Frontbanns“ eine große Rolle spielen wird. Hauptmann Röhm behauptet in der völkischen Presse, er allein sei der verantwortliche Schöpfer, Gründer und Führer des „Frontbanns“. Ludendorff habe lediglich eine Art Schirmherrschaft übernommen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß im „Deutschen Tageblatt“, dem offiziellen norddeutschen Parteiorgan der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, am 2. September folgender Aufruf erschien:

Aufruf

Die auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden Verbände und Kameraden, die sich bedingungslos zu Hitler, Ludendorff und Graefe bekennen, haben sich im Frontbann zusammengeschlossen. Mit dem Frontbann und der ihm angegliederten Frontjugend bildet der Frontkämpferbund, der die deutschen Frontkämpfer in seinen Reihen vereint, den Frontring.

Deutsche aller Stände, deutsche Soldaten, deutsche Jugend, tretet ein in die Reihen des Frontringes!

Anmeldungen zum Frontbann sind zu richten an die örtlichen oder Landesleitungen des Frontbanns.

Ostpreußen, am Tage der Schlacht von Tannenberg.
Auf Befehl: Hauptmann Röhm.

Aus dem Aufruf geht zweierlei hervor. Einmal, daß der „Frontbann“ als Sammelbecken für solche Elemente gedacht ist, die sich der Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, Ludendorff, Hitler und Graefe, ohne jede Bedingung zur Verfügung stellen; das andere Mal, daß Hauptmann Röhm, wenn er zum Eintritt in den „Frontbann“ alias „Frontring“ auffordert, nicht aus eigener Initiative, sondern im Auftrage einer anderen Persönlichkeit handelt.

Der Auftraggeber ist unschwer festzustellen. In der „Münchener Post“ vom 29. August wurden völkische Angriffe gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem Bemerkens zurückgewiesen, die Organisation habe lediglich den Zweck, Deutschland von einem Chaos zu bewahren, in das es durch die fortgesetzten Putschversuche der Halentreuzler stürzen müßte. Wörtlich heißt es dann weiter:

„So ist der Moment der eintretenden Ermüdung auch an der Bewegungskurve zu erkennen. An einem Film wurde die typische Wendung einer Bewegung bei Eintritt der Ermüdung gezeigt. Durch systematische Anwendung dieser Methode des Studiums des Bewegungsbildes läßt sich die Frage der optimalen Arbeitsdauer wissenschaftlich lösen.“

Am Schluß seines Vortrages wies Agier darauf hin, daß der Arbeitsphysiologe nicht nur den einzelnen, sondern auch das Volk als Ganzes im Auge behalten muß und daß von diesem Gesichtspunkte aus vor allem rasenbiologische Fragen eine Rolle spielen.

Das Berliner Sinfonie-Orchester ist durch den Rücktritt Hindenburgs verwaist. Es ist notwendig, diese Lücke schnell zu schließen, denn an allen Ecken und Enden wird das Blüthner-Orchester gebraucht. Jetzt, mitten in der Saison, kann das Blüthner-Orchester nicht eine Woche ohne Führer bleiben. Es ist das für die künstlerische Entwicklung des Orchesters und für seine Stellung in Berlin eine ausgesprochene Schicksalsfrage. Die verantwortlichen Herren müssen sich entscheiden, ob sie den Wettbewerb mit den Blüthner-Orchestern mitmachen oder in der Wertung hinter ihnen rangieren wollen. Wir glauben an die höchste Entwicklungsfähigkeit der Blüthner-Leute und haben sogar eine glanzvolle Zeit ihres Aufstiegs unter Haussegger erlebt. Deshalb können für den vakanten Posten nur starkwillige Männer, etwa von der Art eines Scherchen, oder dem Eifer des bewährten Heinz Linger oder der Musikalität Horowitzs in Frage kommen. Bequeme Dirigenten liegen auf der Straße und sind zu nichts nütze, sicher nicht zu künstlerischen Erziehungszielen. Die Kandidatur des Oldenburgers Kapellmeisters Kopisch, von dem gesprochen wird, dürfte in diesem Sinne einer qualitativen Erleichterung des musikalisch so gut fundierten Orchesters gar nicht diskutabel sein. Wir hoffen auf eine bessere Lösung; falls das Blüthner-Orchester Kopisch gewählt haben (was gemunkelt wird), so würde es an seiner Verantwortlichkeit schwer zu tragen haben.

Chemische Herstellung von Zucker. Dem Professor der Chemie an der Universität Liverpool, Dr. Bats, soll es — einem Telegramm aus Jhata (New York) zufolge — gelungen sein, mit Hilfe ultravioletten Lichts auf rein chemischem Wege Zucker herzustellen.

Man wird diese sensationelle Nachricht mit Vorsicht aufnehmen müssen. Denn erstens handelt es sich um ein „Soll“, d. h. die Tatsache scheint noch nicht sicher zu sein, und zweitens fehlen Angaben über die Höhe der Herstellungs-kosten des auf chemischem Wege gewonnenen Zuckers. Wir können seit einigen Monaten auch Gold machen, aber es ist teurer als das natürliche.

Die Galerie J. Colpet, Amsterdambank 233, eröffnet am 28. die Herbstausstellung mit einer Kollektion von Oelbildern von Ray Beschrein und Einzelwerken von A. Daumenmann, B. Putzner, R. Liebermann, L. Corinthe, U. Häbner, E. Herrmann, C. Moll u. a.

Shaw geht nach Rußland. Bernhard Shaw wird in den nächsten Tagen in Stodholm einige Vorträge halten und dann eine Studienreise nach Rußland machen, zunächst nach Petersburg, wo er der Aufführung seiner neuesten Werke beizuwohnen wird.

„In ein solches Chaos müßte auch die von Ludendorff gegründete Organisation Frontbann führen, deren Dienstvorschriften nur für den Dienstgebrauch Verwendung finden dürfen. Sie enthalten unter anderem interessanten Material, das nicht veröffentlicht werden kann, auch eine Verpfändung und einen Fahnenraub, der von jedem einzelnen zu leisten ist und der folgenden Schlußsatz enthält: Ich gelobe meinem Führer Ludendorff, den von ihm ernannten Unterführern und meiner Fahne Treue und Gehorsam bis in den Tod.“

Die „Münchener Post“ bezeichnete also ausdrücklich Ludendorff als den Gründer der Organisation und brachte als Beweis dafür den Fahnenraub bei, in dem die Verpfändung — wie sie in der Kriegszeit auf die Person des Kaisers vorgenommen wurde — auf den „Führer Ludendorff“ erfolgt. Die Oberleitung des „Frontbanns“ bestätigte damals in aller Form, daß die Ausführungen der „Post“ den Tatsachen entsprechen. Sie fandte dem süd-deutschen offiziellen Organ der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, dem „Völkischen Kurier“ eine Zuschrift, die dort am 1. September veröffentlicht wurde. In dem Schreiben heißt es in Bezugnahme auf die „von Ludendorff gegründete Organisation Frontbann“:

„Die Oberleitung hat keinen Anlaß, die Gründung des Frontbanns der „Münchener Post“ gegenüber zu entschuldigen. Im übrigen stellt der Frontbann nichts anderes als den Zusammenschluß vereinsregisterlich eingetragener völkischer Verbände dar, die sich die Aufrechterhaltung der Tradition der alten Armee zur Aufgabe gemacht haben.“

Weder die Führerschaft Ludendorffs noch der Wortlaut des Fahnenraubs wird in dem Schriftstück zurückgewiesen, ein Beweis dafür, daß man in den ersten Tagen des Septembers bei den Völkischen nicht daran dachte, die Verantwortlichkeit Ludendorffs abzuleugnen. Wenn das jetzt geschieht, nachdem die bayerische Regierung bezweifelt hat, daß der „Frontbann“ lediglich den „Zusammenschluß vereinsregisterlich eingetragener völkischer Verbände“ darstelle, und den Staatsgerichtshof mit einer Untersuchung des „Frontbanns“ betraut hat, so geht daraus hervor, wie schlecht das Gewissen der deutschvölkischen Führer ist. Ludendorff selbst zeigt sich wieder einmal im vollen Glanz seiner persönlichen Eigenschaften. Wie nach dem Kapp-Putsch und nach dem Hitler-Putsch läßt er auch diesmal seine Opfer in der Patsche sitzen. „Treue und Gehorsam bis in den Tod“ läßt er die seinen schwören, er selbst aber desertiert jedesmal bei der ersten besten Gelegenheit. Das war schon so, als er den Weltkrieg verloren hatte, und das ist auch heute noch so geblieben. In diesem einen Punkte wenigstens beweist er eine fanatische Treue.

Immer neue Opfer der KPD.

Der Ueberfall auf Gut Bohnde. — Hüllensmaschinen. — Anweisungen der Zentrale?

Hannover, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlung vor dem großen Schöffengericht wegen der kommunistischen Ueberfälle auf das Gut Bohnde wurde am Mittwoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit weitergeführt. Vor den Toren des Verhandlungssaales waren während der Verhandlung die kommunistischen Führer aus Hannover versammelt, die mit Spannung den Verlauf des Prozesses abwarteten. Die eigentlichen Hauptbeschuldigten werden sich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben und sind darum in diesem Prozeß nicht unter Anklage gestellt. Von der Verhandlung kann, soweit sie nicht unter das Schweigegebot fällt, mitgeteilt werden, daß der Bewalter des Gutes auslegte, die Kommunisten hätten von ihm ein Geispen verlangt zum Abfahren der „beschlagnahmen“ Sachen. Bei der Untersuchung der Gebäude sind verschiedene Wertsachen ohnhanden gekommen, u. a. eine wertvolle Uhr. Ein Zeuge sagt aus, daß das Gut während des „Besuchs“ der Kommunisten keine Verbindung mit der Außenwelt hatte, weil der Telephondracht durchschnitten worden. Bei einem der Angeklagten, Löwenberg, sind 15 Kilogramm Sprengstoff gefunden worden. Sämtliche Angeklagten, die Sprengstoffe in Aufbewahrung hatten, behaupten, nicht gewußt zu haben, was in den Paketen steckte, die ihnen von kommunistischen „Kurieren“ ins Haus gebracht worden seien.

Der schon erwähnte Angeklagte Schmidt, der auch unter dem Namen Frey bekannt war, kam eines Tages zu dem Angeklagten Brolewski und bot ihm an, gegen gute Bezahlung Bomben herzustellen. Sie gingen beide zu einem Wochensmucker Kruse, in dessen Werkstatt die Sprengkörper angefertigt wurden. In vier Vernehmungen hat Brolewski seine Schuld zugegeben, heute leugnet er sie. Auch der Angeklagte Kruse will nichts davon wissen, daß in seiner Werkstatt Bomben hergestellt worden sind. Nach dem Gutachten der Sachverständigen handelt es sich bei den beschlagnahmen Sprengkörpern um außerordentlich gefährliche Hüllensmaschinen, die selbst den Angeklagten hätten gefährlich werden können.

Der Zeuge Guldner sagt aus, daß er mit Schmidt und Kruse in einem Personenauto in Walsrode gewesen sei und dort Bewehrung geholt hätte.

Zeuge Polizeioberwachmeister Bunting sagt aus, daß alle Angeklagten zunächst frei und offen ihre Beteiligung und Schuld zugestanden haben, als dann aber die Vertreter der KPD. Raß und Hebbemeier im Gefängnis geweilt waren, plötzlich ihre früheren Aussagen widerrufen. Ueberhaupt seien alle Angeklagten furchtbar bange vor Racheakten ihrer kommunistischen Brüder.

Polizeihauptwachmeister Besseln erklärt, daß nach übereinstimmenden Aussagen aller Angeklagten die proletarischen Handwerker auf Anweisung der Berliner kommunistischen Zentrale gebildet wurden. Zu dem Widerruf verschiedener Zeugen bemerkt der Polizeihauptwachmeister, daß diese Zeugen seinerzeit ausnahmslos, ohne schikaniert worden zu sein, ihre Geständnisse abgelegt hätten, aber immer wieder betont hätten, daß ihnen Unglück drohe, wenn sie die Wahrheit sagten.

Noch ein Kommunistenprozeß.

Leipzig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsgerichtshof verhandelte am Mittwoch gegen den 27-jährigen Sanftbeamten Otto Maier aus Karlsruhe. Er wird beschuldigt, in Verbindung mit dem Maler Paul Graef durch den Verkauf von kommunistischen Flugblätter aufreißenden Inhalts an Schutzpolizei- und Gendarmeriebeamte sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben. Maier war ebenso wie Graef Verbindungsmann der KPD. in Karlsruhe. Außerdem ist angeklagt der frühere Vorsteher der kommunistischen Ortsgruppe in Karlsruhe, Kalleff, der Graef nach der Verhaftung Maiers bei einer zufälligen Zusammenkunft den Rat gegeben hatte, zu verschwinden. Er hatte sich wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten.

Im Verlauf der Beweisnahme bestätigten die als Zeugen geladenen Karlsruher Polizeibeamten unter Eid die Behauptungen der Anklage. Der Reichsanwalt sieht aber in dem Verbrechen von

Maier keinen schweren Fall. Er beantragt 5 Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Der Antrag für Kalleff lautet auf 6 Monate Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, wovon 8 Monate Untersuchungshaft und die Geldstrafe als verübt erachtet werden. Der Staatsgerichtshof nahm an, daß kein besonders schwerer Fall vorliege, und sah deswegen von einer Zuchthausstrafe ab, mußte aber nach dem Gesetz eine hohe Gefängnisstrafe aussprechen, weil die Tat zur Ausführung gekommen ist. Kalleff wurde freigesprochen.

Aufwertung unmöglich.

Regierungserklärung im Aufwertungsausschuß.

Ein Vertreter der Reichsregierung erklärte im Aufwertungsausschuß des Reichstags, daß eine Aufwertung oder auch nur eine geringe Verzinsung der Renten im jetzigen Zeitpunkt vollkommen unmöglich sei. Sie begründete ihre ablehnende Haltung mit der Finanzlage und wies die Unmöglichkeit einer höheren Aufwertung durch die Zahlen des kommenden Etats nach.

Reichsfinanzminister Dr. Luther entwickelte einen Plan, wie den nachweisbar bedürftigen Besitzern von Kriegsanleihen auf sozialem Wege geholfen werden kann. Auf die Besitzer anderer Reichsanleihen würde sich das nicht beziehen.

Ueber die vertraulichen Verhandlungen des Aufwertungsausschusses berichtet eine Korrespondenz:

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird im Unterausschuß des Aufwertungsausschusses die Abstimmung über den Antrag des Zentrums, der eine Aufnahme des Zinsendienstes vorsieht, morgen zur Abstimmung kommen. In der Diskussion über den Antrag haben sich, abgesehen von den Koalitionsparteien, auch die Deutschvölkischen für den Antrag ausgesprochen. Damit erscheint die Annahme im Unterausschuß gesichert.

Diese Mitteilung aus parlamentarischen Kreisen ist nicht nur ein Bruch der vom Ausschuss beschlossenen Vertraulichkeit, sondern erweckt zugleich den Eindruck, als ob ihr Zweck, die Ermunterung der Hausbesitzer zur Bücke ist. Wir wollen deshalb nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die „Frankfurter Zeitung“ bereits am 4. September unwiderprochen behaupten konnte, daß Anhänger einer in der Mitte stehenden Partei das Treiben der Börsenspekulationen unterstützen und fördern. Welche Partei damit gemeint ist, wird aus der obenstehenden Meldung absolut deutlich. Es dürfte deshalb an der Zeit sein, daß der Ausschuss sich die Frage vorlegt, ob es unter solchen Umständen überhaupt eine Möglichkeit gibt, die Vertraulichkeit von Verhandlungen zu wahren.

Der Kampf um die Hauszinssteuer.

Einigung der Koalitionsparteien.

Im Hauptauschuß des Landtages einigten sich die Koalitionsparteien nach langwierigen Verhandlungen auf einen gemeinsamen Antrag, der die Landwirtschaft mit Rücksicht auf die schlechte Ernte von der Hauszinssteuer befreit, die Erhöhung der allgemeinen Hauszinssteuer am 1. Oktober (100 Prozent = 4 Prozent der Friedensmiete) zwar eintreten läßt, aber von dieser Erhöhung nur die Hälfte dem Staate, die andere Hälfte der Förderung der Neubautätigkeit vorbehält und für den Ausfall zum Teil durch eine Verschiebung der Volksschulkosten im Sinne eines Zentrumsantrags Deckung schafft. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Deutscher Städtetag in Hannover.

Sozialdemokratischer Protest gegen den Magistrat.

Hannover, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Städtetag begann am Mittwoch mit einer Sitzung des Vorstandes. Auf Anregung des Vorsitzenden verließ Oberbürgermeister Böß, Berlin an Stelle des infolge Krankheit abwesenden Oberbürgermeisters Reinert-Hannover sein Begrüßungsgramm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gaben die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes die Erklärung ab, daß sie angesichts des Verhaltens des hannoverschen Magistrats gegen den Oberbürgermeister Reinert nicht in der Lage seien, der Einladung der Stadt Hannover Folge zu leisten. Sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß der Magistrat gegen den Oberbürgermeister ein Disziplinarverfahren eingeleitet habe, das man als eine Provokation des Städtetages empfinden müsse, und daß es ihnen infolgedessen ihr Unstangegefühl verleihe, der Einladung zu folgen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Städtetages, die am Abend zu ihrer ersten Besprechung zusammentrat, beschloß ebenfalls, der Einladung der Stadt Hannover nicht Folge zu leisten, und diesen Beschluß bei Eröffnung der Tagung durch eine motivierte Erklärung zu begründen.

Die Idee des Klassenkampfes.

Die Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik.

Stuttgart, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart wurde heute durch das Referat Prof. Dr. Sombarts über die Idee des Klassenkampfes eröffnet. Das Referat hatte weniger wissenschaftliche Bedeutung, es war eher ein Bekenntnis Sombarts zum Gottesglauben gegen den Unglauben. Seine Klassenkampflehre ist ein Symptom dafür, welche geistige Verwirrung auch in deutschen Universitätskreisen heute noch herrscht. Sombart unterschied zwischen relativer Klassenkampflehre und der absoluteren Klassenkampflehre. Die Klassenkampflehre müsse bekämpft werden, man müsse ihr den alten Glauben an Gott entgegenlegen. Nur so sei die Bekämpfung des letzten Endes als Gotteslosigkeit zu bezeichnenden Klassenkampfpunktes möglich. Den Anschauungen Sombarts traten Prof. Grünberg, Prof. Gottschalk und Genosse Larnow vom Holzarbeiterverband entgegen. Die ganze Diskussion war ein Anzeichen des großen Unverständnisses, das man in den Kreisen der Unberuflichkeit heute den schweren sozialen Kämpfen der Arbeiterschaft entgegenbringt. Wir werden auf diese Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik noch ausführlich zurückkommen.

Das marokkanische Abenteuer.

Neues Kanonensfutter nach Marokko.

Madrid, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die spanische Regierung hat sich entschlossen, Abdul Kerim durch einen neuen starken militärischen Druck zur Aufgabe seiner für das Ansehen Spaniens unerträglichen Forderungen zu zwingen. Durch die neuen Verstärkungen ist die spanische Armee in Marokko auf 120 000 Köpfe gebracht worden. Die neuen Operationen sind mit der Absendung einer Hilfsexpedition zur Verstärkung der Truppen bei Sefchuan begonnen worden. Eine größere Anzahl von Flugzeugen ist zur Bombardierung der Stellungen der feindlichen Stämme abgegangen.

Gewerkschaftsbewegung

Soziale Gerechtigkeit für die Unternehmer!

Endlich hat die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ den Mohn gefunden, der den Mut hat, der Rache die Schelle anzuhängen, zu sagen, warum es fehlt an der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit für die Unternehmer. Wer der Wadere ist, erfährt man nicht, nur daß er „von katholischer Seite“ kommt. Seine Ausführungen knüpfen an die Verhandlungen des letzten Reichstages an. Die katholische Seite tadelt, daß der katholische Reichskanzler die Arbeitgeber mahnte, ihre Macht nicht bis zum äußersten auszunutzen und Gerechtigkeit zu üben, nicht aber die Arbeitnehmererschaft aufzuerheben.

„Von der so vielfach betriebenen Hege gegen die deutschen Arbeitgeber endlich abzulassen und auch ihrerseits auf dem Boden der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine Verständigung mit den Arbeitgebern zu suchen. ... Eine solche Aufhebung der deutschen Arbeitnehmererschaft wäre um so dringlicher, als neuerlich aus gewerkschaftlichen Kreisen bekannt wird, daß man sich mit der Ansammlung von Geldmitteln auf neue, schwere Wirtschaftskämpfe vorbereitet.“

Der katholische Seite der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ war es demnach offenbar erfreulich, daß die Inflationsperiode die Massen der Gewerkschaften aufgesaugt hat. Wie dem Reichskanzler wird auch den Sozialpolitikern von dieser Seite der Standpunkt klar gemacht:

„Daß für sehr viele Sozialpolitiker die Sozialpolitik mit dem Arbeiter und Angestellten anfängt und aufhört, ist ja leider eine Tatsache. Die durch Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen, Enge des Horizonts und auch durch Geseh der psychischen Trägheit zu erklären ist, nach dem einmal erörterten Vorstellungen und Ideen noch lange festgehalten werden, selbst wenn ihre tatsächlichen Voraussetzungen sich längst geändert haben.“

Herzzerbrechend schildert „die katholische Seite“ diese Veränderung, die eine Sozialpolitik für die Unternehmer notwendig macht:

„Not und Sorge lastet auf dem deutschen Unternehmertum. Die Unzahl der täglich gemeldeten Pleiten redet eine beredete Sprache; die Betriebseinstellungen und -einschränkungen verdrängen das düstere Bild. Daß gegenwärtig in der Industrie vor Gewinnen überhaupt nicht die Rede ist, sollte auch den Narren die Augen öffnen. Die immer noch das Stiefkind der „reichen“ Industrie reiten. An die Stelle der Gewinne sind Steuerlasten von geradezu phantastischer Höhe getreten.“

Der Arbeitgeber ist heute kaum mehr als der Lastesel für alle. Er, der doch seine Intelligenz, seine Erfahrung und seine Arbeit einsetzt und dabei sein Hab und Gut, die Frucht seines Fleißes und seiner Sparamkeit riskiert, hat nur die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, seiner Arbeitnehmern für Arbeit und Lohn zu sorgen. Ob er selbst für seine Arbeit und sein Risiko etwas verdient, oder ob er gar verliert, wer kümmert sich darum? Auch wenn er sich verkümmert, holt ihn der Staat die Steuern ab, und er muß noch dazu völlig umsonst für den Staat die Steuern von seinen Arbeitern und Angestellten einziehen. Viele kleinere Arbeitgeber sitzen oft bis in die Nacht hinein, um an den Lohn- und Steuerlisten zu arbeiten, die Umgehungen zu berechnen und ähnliche — erquickende Aufgaben zu erledigen. Für sie gibt es kein Aufatmen von der drückenden Sorge um den Bestand ihres Geschäftes, für sie gibt es keine Maximalarbeitszeit, keine Ferien. Und wenn der Arbeitgeber wirtschaftlich zusammenbricht und vielleicht arbeitsunfähig geworden ist, dann gibt es für ihn keine Pension und keine Rente. Er steht einfach als Bettler und Almosenempfänger da. Da zum Kuckuck, warum hat der Mann auch den verrückten Einfall gehabt, Arbeitgeber zu werden?

Sehr richtig, katholische Seite, warum wird der arme Unternehmer nicht Arbeiter mit einem Maximalarbeitsstag von acht Stunden im Bergbau oder von 12 Stunden am Hochofen, mit drei bis sieben Tagen Ferien im Jahr, und mit der Aussicht auf eine hübsche Unfall-, Invaliden- oder Altersrente? Warum ahmet er nicht auf, läßt andere die Steuern berechnen und sich seinen Steuerrechnen vom Lohn abziehen? — Doch dieser Einfall wäre ja „noch verrückter“; so weit vergeht sich eine Unternehmerseite dann doch nicht, auch wenn sie katholisch ist. Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit für die Unternehmer müsse immer und immer wieder und noch eindringlicher wie diesmal wiederholt werden, bis wir von der Einseitigkeit und Engherzigkeit der heutigen sozialpolitischen Einstellung loskommen, über der das Ganze totlicher zugrunde gehen müßte.

Es ist charakteristisch für die Engstirnigen, daß sie stets die Engstirnigkeit bei anderen suchen. Nach dem Reichskanzler und den Sozialpolitikern nimmt die katholische Seite sich die Kapitäne und Pforten vor:

„Bei zu viel Geistliche sind noch auf das alte sozialpolitische Klischee eingeschworen, verwechseln Kapitalismus und Monopolismus, befehlen überhaupt nur ganz ungenügende und verworrene Vorstellungen von wirtschaftlichen Dingen. Sie sehen sozusagen alles von unten an und kommen nicht von der Vorstellung los, daß Unternehmer, Kapitalist und Arbeitgeber gleichbedeutend sei mit Macht, Reichtum und Heberfluch. Vielmehr auch mit Unterdrückung; denn wir sollten uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß das marxistische Bild des Klassenkampfes in abgeschwächter Form auch in Kreise gedrungen ist, die am ersten dagegen hätten gefeiert sein müssen.“

Daran seien Erzberger schuld und Birt, die eine allzu interne Berührung des Zentrums mit der Sozialdemokratie herbeigeführt hätten. Man solle doch nicht vergessen, daß noch im vorigen Jahre die deutschen Bischöfe den Marxismus aufs schärfste verurteilt und die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Organisation mit der Exkommunikation belegt haben. Die Bischöfe wiesen den richtigen Weg.

Wenn „die katholische Seite“ der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ das Bistum öffnet, haben die von ihr so schwer Beschuldigten Gelegenheit zur Entgegnung. Wir hatten hier lediglich an einem Beispiel zu zeigen, mit welchen Mitteln des Unternehmertum seine Profitinteressen verfehlt; sei es katholisch, protestantisch oder sonst welcher Konfession. Gerechtigkeit ist ein Faktor, der nicht an den Besitz gebunden ist. Doch der Besitz fordert, daß in ihm auch die Gerechtigkeit erblickt wird, weil er die Macht hat.

Häuslicher Streit.

Sinowjew flüchtet in die Deffinitivität. Unter der Firma „Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale“ veröffentlicht er einen „Offenen Brief an die Mitglieder der selbständigen Verbände“, d. h. jener von den Kommunisten gegründeten Gewerkschaften, die sich Sinowjew gegenüber selbständig gemacht haben. So etwas ist Roskau von deutschen Kommunisten nicht gewohnt. Ueber diese Unbarmherzigkeit gerät Sinowjew ganz aus dem Häuschen. Deshalb fährt er gleich größtes Geschütz auf:

„Es ist kein Zufall, daß die Opposition der Schumacher, Kaiser und Weger zusammenfällt mit der Entwicklung einer neuen Offensive durch das Unternehmertum, mit dem Beginn einer neuen unerhörten Hege gegen Roskau, mit den Vorbereitungen eines neuen Weltkrieges. Die Reaktion rüftet auf der ganzen Front. Sie will die Arbeiter schlagen mit dem Faschismus und mit der demokratischen Phrasen. Ob die Schumacher, Kaiser und Weger diese Tatsache selbst begriffen haben oder nicht, ist ganz untergeordneter Bedeutung. Ihr Vorgehen ist ein antibolschewistisches Attentat.“

Da haben wir es! Die Schumacher und Genossen sind bezichtigt von den Unternehmern, von den Faschisten, von den Militaristen, die zu einem neuen Weltkrieg rüsten (im Gegensatz zu Sowjetrußland, das gegen Georgien nur friedliche Panzerschiffe, pazifistische Armeekorps und harmlose Hentler verwendet), bezichtigt von der Reaktion, die gegen Roskau hegt. Müßen die Leute Geld haben!

„Raus aus die Kartoffeln, rein in die Kartoffeln!“ So ungefähr ist die gradlinige, grundsätzliche immer-feste-druff-revolutionäre Politik von Roskau. Die Schumacher und Genossen sind auf Geheiß Roskaus raus aus die Kartoffeln, d. h. aus den Gewerkschaften, um die „Massen“ um das Banner mit dem Sowjetkreuz und dem Hakenkreuz zu sammeln. Die Massen sind aber in die „reaktionären“ Gewerkschaften geflohen. Also rein in die Kartoffeln: „Zurück in die Gewerkschaften!“ Und nun ging der Rummel mit der „Einheitsfront“ los.

Die Schumacher und Genossen sind etwas schwer von Begriff. Man hat ihnen gepredigt und sie haben nachgezählt, daß die Gewerkschaften und deren gewählte (allerdings nicht von Roskau) Vertreter Lakaien der Unternehmer, Faschisten, Sozialverräter usw. seien. Und nun sollen die braven Kommunisten, die schließlich glaubten, was sie sagten, wenn sie schon nicht sagten, was sie glaubten, nun sollen sie sich mit diesen Sozialverrätern wieder verdrüben?

Vorauß Ihnen Sinowjew in seinem Offenen Brief sagt: „Zurück in die Gewerkschaften! Ja, zurück in die reaktionäre gegenrevolutionäre, menschenwürgende Gewerkschaft! Zurück in die Gewerkschaften, die sich noch unter der Führung von Sozialdemokraten befinden! Zurück in die Gewerkschaften, um in ihnen ein Zentrum zur Vereinigung unserer Kräfte zu schaffen! ... Die deutsche Gewerkschaftsopposition muß ein einheitliches Bild werden. Durch nichts darf sie sich trennen lassen. Je einheitlicher und geschlossener sie kämpft für die Beseitigung der Einheitsfront der Gewerkschaften, um so schneller wird die reaktionäre Führung der deutschen Gewerkschaften geschlagen und verjagt werden. Halte! darum treu zur RSD!“

Hoffentlich begreifen jetzt endlich die Schumacher und Genossen, daß es sich bei der „neuen“ Einheitsfront nur um die Fortsetzung der alten Versuche handelt, die deutsche, die internationale Gewerkschaftsbewegung unter die Herrschaft von Roskau zu bringen. Einheitsfront heißt auf bolschewistische „Front gegen die Einheit.“ Wenn die Schumacher und Genossen das jetzt nicht begreifen, dann, sagt Sinowjew, „können sie nur dort landen, wo die Sozialrevolutionäre, wo die Anarchisten gelandet sind, neben den menschenwürgenden Lakaien im Lager der Bourgeoisie.“ — Moral: Wo zwei sich streiten, erfährt man die Wahrheit.

Akkordschiedspruch für die Damenschneider.

Für die Damenmaßbranche ist unter Vorsitz von Gewerkschaftsrat Körner ein Schiedspruch gefällt worden, der in mancher Hinsicht mehr als merkwürdig ist. Die Arbeitgeber hatten die Einführung der Akkordarbeit für die Werkstattdarbeiter gefordert, was die Arbeitnehmer ablehnten. Der Spruch des Schlichtungsausschusses kommt nun den Arbeitgebern in weitestem Maße entgegen. Er spricht ihnen das Recht zu, englische Maschinen in Akkord anfertigen zu lassen. Durch diesen Schiedspruch soll die bisher in der ganzen Welt unbekannte Stücklohnarbeit in dieser Branche eingeführt werden. Auf allen nationalen und internationalen Verbandstagen hat die Frage der Akkordarbeit für die Damenschneider stets eine große Rolle gespielt, und stets ist dagegen entschieden worden. Selbst in der Gesamtarbeitgebervereinigung für Deutschland ist die Angelegenheit vor Jahr und Tag schon unter vollster Zustimmung der Arbeitgeber dahingehend erledigt worden, daß Akkordarbeit nicht in Frage kommen kann, und niemand ist es bisher eingelefen, daraus wieder einen Streitfall zu konstruieren. Um so verwunderlicher ist der jetzige Schiedspruch; er reißt die Berliner Damenschneider aus den Arbeitsbedingungen der ganzen Welt heraus. Irrendes „wirtschaftliche Notwendigkeit“ für die Einführung der Akkordarbeit liegt absolut nicht vor. Für Leute, die sich englische Nähmaschinen für 300 bis 400 Mark anfertigen lassen können, ist es gleichgültig, ob das Stück 10 Mark mehr oder weniger kostet. Der Spruch kommt also den Wünschen der Berliner Unternehmer in jeder Hinsicht entgegen, ohne daß auf seine Auswirkungen im Reich und im Ausland Rücksicht genommen wäre.

Obendrein ist die Bestimmung über die Geltungsdauer im alten Tarif auch noch geändert worden, obwohl sie überhaupt nicht umstritten war. Nach dem Spruch gilt der Tarif bis Ende März nächsten Jahres und läuft ein halbes Jahr weiter, wenn er nicht vier Wochen früher gekündigt wird.

Für die Arbeitnehmer ist der Spruch natürlich unannehmbar. Er ist abgelehnt worden, wobei zum Ausdruck kam, daß alle gewerkschaftlichen Mittel zur Abwehr in Anwendung gebracht werden sollen.

Dienstentlassung wegen Grobheit.

Ein Straßenbahnfahrer ist entlassen worden, weil er einen Fahrgast gräßlich beleidigt haben soll. Der Fahrer sieht seine Entlassung vor dem Arbeitsgericht an. Nun hat die Direktion zu beweisen, daß der Fahrer durch sein Verhalten gegenüber dem Fahrgast einen berechtigten Grund zur Entlassung gegeben hat. Die Direktion beruft sich auf das Zeugnis des Fahrgastes, der sich bei ihr über den Fahrer beschwert und dadurch den Anlaß zur Entlassung gegeben hat. Der Streit spielte sich an der Endhaltestelle in Budow ab. Als der Fahrer damit beschönigt war, den eben aus Berlin angekommenen Wagen durch Umwecheln der Abfahrgitter

an der Plattform zur Rückfahrt herzurichten, befiel der Zeuge die Plattform und dabei ist er seiner Behauptung nach von dem Fahrer sogleich mit groben Worten bedacht worden, die er, der Zeuge, zunächst nicht unhöflich zurückgewiesen habe, der Fahrer aber habe immer ausfallender und beleidigender geantwortet, so daß sich ein weithin hörbarer Wortstreit entwickelt habe. Die Frau des Zeugen bestätigt diese Angaben.

Der Fahrer dagegen stellt den Vorgang so dar: Er sei durch das Auffliegen des Zeugen am Schließen des Gitters behindert worden, er habe deshalb den Zeugen höflich ermahnt, einen Augenblick zu warten, bis er mit dem Gitter fertig sei. Darauf habe der Zeuge mit Schimpfworten geantwortet, worauf er, der Fahrer, zunächst nicht reagiert habe. Erst als der Zeuge fortgesetzt geschimpft habe, sei ihm, dem Fahrer, die Geduld ausgegangen und er habe die Grobheiten des Zeugen ebenfalls mit Grobheiten beantwortet. Zeugen für seine Angaben hat der Fahrer nicht, denn als der Streit anfing, war außer den beiderseits Beteiligten keiner zugegen.

Wer kann nun wissen, welche von den beiden Darstellungen die richtige ist oder ob nicht beide in gutem Glauben von der objektiven Wahrheit abweichen. In dem Streit der den Ausgangspunkt der ganzen Aktion bildet, ist ja der Fahrgast ebenso Partei wie der Fahrer und nach solchem Streit pflegt jeder der Streitenden überzeugt zu sein, daß der andere angefangen habe. Aber in dem Rechtsstreit des Fahrers mit der Direktion verhandelt sich die eine der ursprünglich streitenden Parteien zum Zeugen, der seine Aussage beschwört, was nach feststehender juristischer Handwerksregel ein vollständiges Beweismittel ist, während die Angaben des Fahrers, da er als Parteigänger auftritt, nicht beweiskräftig sind. So kam das Gericht natürlich zu der Entscheidung, daß der Einspruch des Fahrers gegen seine Entlassung unbegründet sei.

Der Richter konnte nach den nun einmal geltenden Rechtsnormen kaum anders urteilen. Aber von der Direktion der Straßenbahn sollte man erwarten, daß sie einen Angestellten nicht ohne weiteres entläßt, weil Leute, die einen Streit mit ihm hatten, sich über ihn beschwerten. Beweist: Ausschreitungen von Angestellten der Verkehrsbetriebe dürfen nicht gebildet werden. Aber es kommen auch Ausschreitungen leicht erregbarer oder vom Herrdunkel befallener Fahrgäste gegen Verkehrsangestellte vor.

Und schließlich ist selbst für eine erwiesene schwere Grobheit die Dienstentlassung eine Strafe, die in keinem Verhältnis zur Befreiung steht. Es gibt doch schließlich noch andere Disziplinarstrafen. Aber von der Straßenbahnverwaltung wird niemand mehr erwarten, daß sie den Angestellten gegenüber genügend Maß zu halten weiß.

Das Schindludertreiben wird fortgesetzt.

Bohum, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutsch-lugensburgische Bergwerkgesellschaft beabsichtigt, in absehbarer Zeit weitere 4500 Bergarbeiter ihrer sächlichen Randzonen zu entlassen. Die Besprechungen zwischen der Generaldirektion und dem Gesamtbetriebsrat über die Durchführung der absehbaren Räumigungen werden am Sonnabend stattfinden.

Das heißt mit anderen Worten, unter der Drohung der Stilllegung wird versucht, die Zustimmung der Bergarbeiter zu wesentlichen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erpressen. Die Stilllegung würde die Arbeiter mit ihren Familien zum Abwandern zwingen.

Die englischen Bergarbeiter und der Dames-Plan.

London, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussprache Macdonalds mit den Bergarbeitern über deren Forderungen wegen der Durchführung des Dames-Planes ist auf den 1. Oktober festgesetzt. Die Lage des englischen Kohlenmarktes wird von den Bergleuten als hoffnungslos bezeichnet. In Nordhumberland und Durham sind allein 26 000 Bergarbeiter arbeitslos. Im letzten Jahre sei der Kohlenpreis in diesen Distrikten 35 Schilling gewesen, jetzt aber 19 und es sei noch schwierig, für diesen Preis zu verkaufen. Daran seien die deutschen Kohlenlieferungen an Belgien und Frankreich schuld. In den englischen Bergwerken werde verfürzt gearbeitet, während in den deutschen Bergwerken die Arbeitszeit hätte verlängert werden müssen. Da durch die Londoner Uebereinkommen die Fortsetzung deutscher Kohlenlieferungen für Reparationszwecke festgesetzt worden sei, bestünde keine Hoffnung auf eine Besserung des englischen Kohlenhandels, dessen Tiefstand unerträglich auf die Lage des Arbeiters drücke.

Achtung, Zimmerer! Heute Donnerstag nachmittags 5 Uhr in Haberlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35 (Eingang Kochstr.) Vertreterversammlung der Fortsetzung des Rufus der Kollegen Friede. Wie Verrechnungs- und Sozialbehörde des Hoch-, Beton- und Tiefbauwesens müssen erscheinen. Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgebung.

Kaugummiverkauf, Redogruppe Glaser, Norden, Freitag, 15 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftsbaus. Bericht von der Lohnverhandlung und Stellungnahme dazu. Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung vollständig und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch zur Kontrolle vorlegen. Die Fachgruppenleitung.

Achtung, Kupferhämmer! Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr, im Saal I des Gewerkschaftsbaus, äußere wichtige Mitgliederversammlung! Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Aus der Partei.

Georg Birk gestorben.

Am Dienstag nachmittag starb in München im 85. Lebensjahre einer der ältesten Parteiveteranen Bayerns, der Genosse Georg Birk. Sein Name ist mit der Geschichte der Münchener Sozialdemokratie aufs engste verknüpft, der jüngeren Generation auch dadurch, daß noch heute das Parteiunternehmen der „Münchener Post“ seinen Namen trägt. Seine überaus rührige Tätigkeit begann er bereits in den 80er Jahren, wo er und sein Wirtschaftsamt während des Sozialistengesetzes den Mittelpunkt der Münchener Partei bildeten. Durch das Vertrauen, das die Parteigenossen dem aufrechten und wahrhaften Volksmann immer und überall entgegenbrachten, bekleidete er von 1890 bis 1919 öffentliche Ämter als Reichstagsabgeordneter und Landtagsabgeordneter bzw. als Magistratsrat der Stadt München. Zum Tode Birk hat der Landesausschuß und die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei den Angehörigen ein Beileidschreiben gesandt, in dem den Hinterbliebenen des bewährten Kämpfers für Freiheit, Recht und Menschlichkeit die innigste Anteilnahme zum Ausdruck gebracht wird.

Veranimator für Politik: Ernst Reuter; Birkhoff; Felix Colerus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freilicht; Fr. John Schimanski; Cohnes und Schönlies; Fritz Kaufmann; Hagen; H. Glaser; Jantich in Berlin; Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Bornhörs-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H. Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Srimwelt“.

Gebrauche Ata



-und im Haus sieht's stets bei dir wie Sonntag aus!

(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

Wie steht's mit den Winterkartoffeln?



Die Sorge um die Beschaffung der Winterkartoffeln (Kartoffeln und Brot bilden ja die Hauptnahrung in tausend und aber tausend Arbeiterfamilien) macht sich heute bereits in vielen Haushalten geltend. Zwar ist bis zur Kartoffelernte noch ein Stück Zeit, da auf den großen Rittergütern in Ostpreußen, von wo ein beträchtlicher Teil Kartoffeln nach der Reichshauptstadt kommt, die Kartoffelernte frühestens Anfang Oktober einsetzt. Wenn man aber heute bereits in vielen Berliner Familien in Sorge ist um die Winterkartoffeln, so ist das erklärlich genug, weil man sich noch lebhaft aller jener Szenen vom vorigen Herbst erinnert, als einmal die unerträglich hohen Preise infolge der Inflation, sowie die großen Transportschwierigkeiten es vielen Familien unmöglich machten, ihren Bedarf an Winterkartoffeln in den Keller zu bekommen.

Die Ernteausichten.

Wie steht es nun in diesem Jahre mit den Kartoffeln, und welche Kartoffelernte ist zu erwarten? Hier muß im allgemeinen gesagt werden, daß die Ausichten schlecht genug sind. Bereits bei den Frühkartoffeln, die im allgemeinen im Juli geerntet werden, mußte den Kartoffeln aus der Magdeburger Gegend, den sogenannten frühen Blauen, der Vorzug nicht nur gegeben werden, sondern man mußte erkennen, daß diese Kartoffel fast allein den Anforderungen entsprach, die man an eine Kartoffel stellt. Bemerkenswert war auch der schlechte Ausfall der mittelfrühen Kartoffeln, d. h. jener Kartoffeln, die im August und September geerntet werden. Diese mittelfrühen Kartoffeln zeigen eine Haltbarkeit von höchstens fünf bis sechs Tagen. Nach dieser Zeit treten Fäulniserscheinungen ein, die die Kartoffeln vollständig zum Genuß unbrauchbar machen. Die große Hitze und der viele Regen, der über zahlreiche Gebiete Breuhens in diesen Monaten herabgedrungen ist, hat Krankheitserscheinungen an der Frucht der Kartoffel zur Folge gehabt. Bei der chemischen Untersuchung fand man außerdem, daß infolge dieser Krankheitserscheinungen selten eine Partie von Kartoffeln vorhanden war, die man als Stärkehaltig bezeichnen konnte, d. h. also, diejenige Substanz aufwies, die nicht nur das leicht verdauliche, sondern auch das für die Ernährung wichtige enthielt. Besonders aber in der Triegnitzer Gegend, das ist in einem Gebiet, das früher die meisten und besten mittelfrühen Kartoffeln geliefert hat, mußte ein vollständiges Versagen festgestellt werden. Aber auch die Ernteausichten der späten, der sogenannten Winterkartoffeln, sind wenig günstig. Aus diesen Gegenden treffen Nachrichten ein über schlechte Beschaffenheit der Kartoffeln, namentlich aus Niederungen und von Gegenden mit fettem, schwerem Boden. Aber selbst Provinzen und Kartoffelländer mit leichtem und sandigem Boden, jenem Boden also, der der beste für Kartoffeln ist, haben, soweit es sich bisher übersehen läßt, keine Aussicht auf eine gute und große Kartoffelernte. An dieser Katastrophe ist ebenfalls der anhaltende Regen schuld. Inwiefern kann man heute ein abschließendes Urteil noch nicht fällen und braucht noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß wie bereits erwähnt, bis zur Kartoffelernte noch mindestens zwei bis drei



Wochen ins Land gehen. Wenn in dieser Zeit, die bis zur Ernte noch aussteht, trockenes und sonniges Wetter eintritt, kann immerhin noch mit einer mäßigeren Kartoffelernte gerechnet werden.

Einlagerung von Kartoffeln.

Eine große Anzahl von Familien und vor allem die „Keinen Leute“ haben ja seit jeher darauf sehen müssen, daß sie zur Zeit ihren Bedarf an Kartoffeln für den Winter eingekauft hatten. In diesem Jahre nun allerdings und bei den wenig guten Ausichten auf Ertrag und Haltbarkeit der Winterkartoffeln wird vor dem Einlagern von größeren Mengen Kartoffeln gewarnt werden müssen. Den Verbrauchern kann nur dringend angeraten werden, nicht mehr als zwei bis drei Zentner Kartoffeln einzulagern, da sie befürchten müssen, daß die Kartoffel nicht haltbar und genießbar bleibt. Vor allem aber wird in all den Fällen, wo die Keller, in denen die Kartoffeln gelagert werden, nicht kühl genug sind, d. h. also in Kellern namentlich in Häusern mit Zentralheizung, besonders vorzüglich bei der Einlagerung von Kartoffeln vorgegangen werden müssen. Viele große Industriewerte, die früher für ihre Arbeiter die Kartoffelerzeugung in die Hand genommen und zu diesem Behuf ihre Agenten nach Ostpreußen zum Ankauf von Kartoffeln geschickt haben, werden diesmal wegen der geringen Haltbarkeit der Kartoffeln keinen Ankauf von Kartoffeln für ihre Arbeiter und Angestellten vornehmen. Auch der Magistrat der Stadt Berlin hat, wie wir erfahren, die Einlagerung einer gewissen Notstandsreserve für den kommenden Winter nicht in Aussicht genommen, da er befürchtet muß, einen zu großen Schaden zu erleiden, wenn ein großer Teil der eingelagerten Kartoffeln in Fäulnis übergeht. Wie wir von der Konjunktionsgesellschaft Berlin-Lichtenberg hören, wird sie ihre Verleihungsstellen mit Winterkartoffeln ab 10. Oktober verlangen und außerdem zentnerweise Kartoffeln an ihre Mitglieder verteilen in den Zentralen Tempelhof, Germaniastraße, und Lichtenberg, Rittergut-

straße 18. Die Abgabe von Kartoffeln, zentnerweise, erfolgt ebenfalls vom 10. Oktober an, von 8 Uhr morgens bis nachmittags 4 Uhr.

Die Kartoffelkontrolle.

Im verflochtenen Winter hatte die Abteilung B. des Polizeipräsidiums, da, wie mit allen anderen Lebensmitteln, auch mit Kartoffeln ein unerhörtes Wucher getrieben wurde, sogenannte Kartoffelkontrollkommissionen eingesetzt. Diese Kommissionen begaben sich in der Frühe auf die Berliner Außenbahnhöfe, auf denen die Kartoffeln waggonweise ankamen und leiteten hier die Preise für die Kartoffeln fest. Der Großhändler mußte der Kontrollkommission eine Rechnung darüber vorweisen, wieviel er dem Erzeuger für die Ware bezahlt hatte. Unter Zustimmung eines bestimmten Prozentsatzes für den Verdienst und unter Anrechnung der Unkosten wurde dann an jedem Morgen unter Zugrundelegung des jeweiligen Dollarstandes der Kartoffelpreis von der Kontrollkommission errechnet. Den einzelnen Polizeibehörden wurde durch Rundtelegramm an jedem Morgen der Kartoffelpreis für Großhandel und Einzelhandel mitgeteilt, und die Schupobeamten hatten auf Wochenmärkten und in den Markthallen sich davon zu überzeugen, ob der Handel über den ihm vorgeschriebenen Preis für die Kartoffeln nicht hinausging. Diese Kartoffelkontrollkommissionen werden, wie uns Regierungsrat Dr. Hinkel, der Leiter der Abteilung B., auf unsere Anfrage mitteilt, ebenfalls wieder in Tätigkeit treten. Die Abteilung B. hat bereits alle Vorbereitungen dazu getroffen und wird mit aller Energie dafür eintreten, daß die Berliner Bevölkerung beim Einkauf von Kartoffeln nicht übervorteilt wird. Die Gefahr nämlich, daß in diesem Winter übermäßig hohe Preise für Kartoffeln verlangt werden, ist bei der mangelhaften Beschaffenheit der Kartoffeln und ihrer nur kurzen Haltbarkeit besonders groß. Man braucht kein Prophet zu sein, um heute bereits zu wissen, daß vor allem der Großhandel sehr viel von dem Risiko beim Ankauf der Kartoffeln sprechen wird und sich eine große Risikoprämie gewissermaßen wird bezahlen lassen wollen. Wie hoch der Preis der Winterkartoffeln sein wird, darüber kann man heute natürlich noch keine wie immer gearteten Angaben machen.

Wenn demnach die Ausichten für die Winterkartoffeln auch nicht gerade gute genannt werden können, kann doch zur Beruhigung der Verbraucher gesagt werden, daß sich solche standalösen Szenen, wie im verflochtenen Winter, am Kartoffelmarkt nicht ereignen werden.

Kindernothilfe — Kindernotrecht.

Der Wille lebend gewordener Massen bekundet sich in allen Ländern mit dem Ruf: „Nie wieder Krieg!“ Neben dem unermesslichen Grauen der Schatzkammer steigt vor unsere Augen Kinderschicksal auf. Kriegsgräber — Kindergräber! Wasseropfer hier — dort! Im Kampf Verstümmelte — durch Entbehrung Verkrüppelte — — — Wo ist die Tragik größer? „Einen traurigen Mann ertrag ich, ein trauriges Kind nicht“ (Jean Paul). — — — So müde und stumpf ward unsere Zeit, daß sie Millionen trauriger Kinder ertrag.

Nicht alle bleiben teilnahmslos. Menschlichkeit, erwacht an vielen Orten der Erde, bot Hilfe. Das Werk, das am meisten getan, deutsche Kindernot zu lindern, das amerikanische Hilfswerk, eingeleitet von der Quätern, durchgeführt vom Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe, nähert sich nach 4½ Jahren seinem Ende. Nahezu 5000 Mägen verabfolgt, 540 Millionen Wohltaten, Juni 1921, Mai/Juni 1924, zur Zeit der Höhepunkte, über 1 Million täglich. „Quäterspeisung“ — als Begriff Bestandteil deutscher Sprache geworden, drang bis in die kleinsten Orte, ward Rettung in Schule, Kindererholungsstätte, Erziehungsanstalt, Tagesheim, Hort, Kinderheim, Wanches Ausgeborene verdankt der Speisung seiner Mutter die Lebensfähigkeit. Weiß man aber bei uns, wieviel Hungere und Not nötig war, um in den Vereinigten Staaten nach jahrelanger Schatzpropaganda Wohlgefühl für Deutschlands sterbende Jugend zu wecken? Holt ausschließlich deutschstämmige Bevölkerung, nicht die Reichsgewordenen, die weniger Begüterten, gaben für den Quäterfonds. Eine Rannest war's, als im verflochtenen Winter General Allen, der frühere Oberkommandierende der amerikanischen Besatzung am Rhein, sich an die Spitze eines neuen Amerikanischen Komitees stellte, das auch rein amerikanische Kreise zur Sammlung heranzog. Aber immer wieder wurde betont, nicht Deutschland gelte die Hilfe, sondern hungernde Kinder, obwohl sie Deutsche

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexø.

In diesem Augenblick begannen die Kirchenglocken, zum Nachmittagsgottesdienst zu läuten, und Frank sah darin ein Zeichen von oben und beschloß, in die Kirche zu gehen. Das pflegte er übrigens jeden Sonntag zu tun, falls er unterwegs nicht das Beck hatte, in Siversjens Keller zu fallen.

Aber das sollte heute nicht geschehen, und auch in Zukunft nicht mehr! Im übrigen freute er sich, daß er hieran dachte; da war gleich noch etwas zu bereuen. Und wenn er nun bereuend in die Kirche ging, dann würde der liebe Gott gewiß einen Ausweg wegen der Krone schaffen. Ja, das würde er tun! Jawohl!

Frank betete sein Vaterunser, gab seinem Herzen einen Stoß und ging zu seiner Frau hinein. Er bewegte sich auf den Behen, um sie nicht unnötig zu reizen.

In der Tür blieb er stehen, entzückt, aus den Wolken gefallen.

Da lag seine Frau und schlief, vor Erschöpfung war sie auf dem Kissen zusammengesunken. Und vor sich auf dem Bett hatte sie ihr Geld liegen; offenbar war sie im Begriff gewesen, es zu zählen.

Da war schon der liebe Gott mit seiner Hilfe! Das war deutlich zu merken!

Frank konnte sich eine Krone nehmen, die Beste einlösen, sich von Ole Andersen die Krone wiedergeben lassen und zurück sein, bevor sie erwachte.

Vorsichtig schlich er zum Bett hin, nahm eine ganze Krone und keinen Der mehr — was er als gutes Vorzeichen betrachtete — und ging hinaus, um die Angelegenheit mit der Beste in Ordnung zu bringen.

13.

Der „dicke Wads Sivertsen“ trug seinen Namen nicht umsonst.

Die Leute aus dem Städtchen wandten verschiedene Methoden an zur Lösung der schwierigen Aufgabe, Fremden eine anschauliche Vorstellung von seinem Leibesumfang beizubringen. Einige hielten sich an den so vagen Vergleich mit einem Rispferd; andere gaben seinen Rauminhalt in Kubikfuß an, wieder andere in Pfund.

Die letztere Bezeichnungswiese hatte den Haken, daß niemand mehr wußte, wieviel er wog. Das letztemal war er auf der Viehwage unten im Hofen gewogen worden, und damals

hielt er dreihundertundsiebzig Pfund; aber das war mehrere Jahre her, und er nahm beständig zu.

Ein wichtiger Kopf hatte einmal ausgerechnet, daß aus ihm eine ganze Familie werden konnte, bestehend aus Mann, Frau und fünf Kindern — ansteigend von einem Jahr bis zum Konfirmationsalter.

Die Wirteinnung hatte ihren eigenen Maßstab; unter den Innungsbrüdern hieß es immer: „Der Wads ist so dick, daß vier Volkshochschulmädchen ihn nicht umarmen können.“

Natürlich beruhte das ebenso wenig auf wirklichen Versuchen wie der Vergleich mit dem Rispferd.

Aber die Innungsbrüder, die einen recht natürlichen Sinn für alles Umfangreiche hatten — der Dünnstö von ihnen wog zweihundertvierzig Pfund — hatten einmal vor einigen Jahren einen Ausflug übers Meer hinüber gemacht, um sich dicke Gegenstände und namentlich dicke Menschen anzusehen. Im ganzen Königreich hatten sie keinen Mann gefunden, der sich mit Wads messen konnte, aber drüben auf Falster sahen sie einen Baum, der dasselbe Maß hatte, und vier Volkshochschulmädchen, die ihn vergebens zu umarmen versuchten.

Daher stammte jenes Bild, das unter den beliebten Brüdern stets Heiterkeit weckte.

Sie waren mit Recht stolz auf ihren Kollegen, erkoren ihn zum Präsidenten, schenkten ihm einen Lehnstuhl, dessen Sitz vier Quadratellen maß, und ließen diesen Stuhl, als er nach Verlauf von zwei Jahren zu klein wurde, auf Kosten der Innung geräumiger machen.

Wads Sivertsen's Gesicht war eine gewaltige, vielfarbige Fleischmasse mit einem winzigen Kinder Gesicht mitten darin; seine Finger, die bleischwer um die Lehnen des Sessels herabhingen, gleichen nach Umfang und Farbe Hausmacher-Bratwürsten. Seine eigenen Füße hatte er seit vielen Jahren nicht gesehen, und überhaupt war die Erde um ihn herum in einem Kreise, so groß wie die Manege eines Zirkus, unbekanntes Land für ihn, da er nicht über seinen eigenen Bauch hinabschauen konnte.

Dieses gewaltige Gebot suchte sein Hund immer auf, wenn Wads zornig war.

Im Gegensatz zu anderen corpulenten Leuten war der „dicke Wads“ sehr hitzig, und obwohl er sich nicht mit eigener Hilfe von der Stelle zu bewegen vermochte, recht gefährlich für seine Umgebung, da er während seiner Anfälle mit Gläsern und Flaschen und allem, was er sonst zur Hand hatte, um sich warf.

Stets klabte er schweigend in seinem Lehnstuhl und gab auf die Gäste seiner Kellertneipe acht. Das einzige Lebendige

an ihm waren Augen und Zunge. Brütend verfolgte er alles, was seine Gäste verzehrten, und was sie bezahlten und schuldig blieben; seinem Fettklob von Kopf waren lange Zahlenreihen unaussprechlich eingepreßt.

Gleichzeitig schalt er unaufhörlich auf seine kleine Frau, die herumließ und bediente. Nie war sie ihm feind genug; und er hatte sie im Verdacht, daß sie Geld aus der Schublade stahl und den Gästen zuflachte, wenn sie teins mehr hatten und er ihnen den Kredit verweigerte.

Nur einmal im Jahr ging er aus, am Verfassungstag. Dann zog er mit in den Wald, nicht aus Begeisterung für die Freiheit, sondern weil ihm der Ausschank da draußen übertragen war, und weil er fürchtete, daß die Leute ihn betrügen.

Heute sah er oben auf dem Hof und wütete, während seine Frau und eine starke Dienstmagd damit beschäftigt waren, die letzte Fuhre zu laden. Sie arbeiteten ihm nicht schnell genug, und so oft eine von ihnen mit einem Korb Flaschen kam, schluchte er, sie würden schließlich noch das Ganze verlieren, weil sie so wenig fest zupackten. Und in seiner Bejorgnis ballte er die fetten Finger trampfhaft um die Stuhllehne.

Die kleine Frau fuhr zusammen, wenn er schalt, und fiel vor Fiebereifer beinahe über ihre eigenen Beine. Das Mädchen dagegen schimpfte zurück und tat so, als ob sie jeden Augenblick einen Korb fallen ließe, bloß um ihn zu necken.

„So ein Fettklumpen!“ brummte sie. „Sitzt da und mag sich nicht mal juden; und dann will er andern nachsagen, sie wären faul.“

„Mag? Sagtest du: mag? Was? Schämst du dich nicht, einen armen Mann zu verhöhnen, den Gott heimgesucht hat? So eine liederliche Person, reunt herum und —“

Die Kränkung blieb Wads Sivertsen im Halse stecken, so daß er den Satz nicht vollenden konnte.

Als der Wagen endlich beladen war, stellten die beiden Frauen eine niedrige Treppe an das Vorderrad und machten sich an die Arbeit, den dicken Wads auf das Fuhrwerk zu laden. Das war keine leichte Sache, da ein einzelnes Bein seinen schweren Körper nicht zu tragen vermochte und sie obendrein seinen Fuß von Stufe zu Stufe heben mußten. Endlich bekamen sie ihn so hoch hinauf, daß sie ihn auf den Boden des niedrigen, breiten Wagens werfen konnten, wo ein Sitz für ihn zurechtgemacht war.

Als sie abfahren wollten, spazierte Schneider Frank auf den Hofplatz. (Fortsetzung folgt.)

sein. Wie sehr haben Berichte über Kapitalflucht, Schlemmerel, reaktionäre, monarchistische und militaristische Untertöne bei uns, politische und gesellschaftliche Ungeheuerlichkeiten deutscher Stellen die Stimmung von 3 1/2 Millionen Dollar erschwert! Es verdient Erwähnung: Die größten Beiträge stammen aus jüdischen Kreisen, wogegen der in Deutschland sich ausbreitende Antisemitismus, — 100 000 Dollar allein von Julius Rosenwald, Chicago! „Was tun eure Reichsten, die trotz Krieg und Inflation nicht verarmen, nicht entbehren?“ — immer wieder hörte ich drüben die Frage. Die Antwort konnte auf viel Selbsthilfe hinweisen. 21 Millionen Goldmark hat Deutschland selbst, gegenüber etwa 53 Millionen amerikanischer Spenden, zum Speisungswert beigegeben. Es gibt für uns kein wünschenswertes Ziel. Wir haben die volle Wahrheit des Wortes erfahren, daß Leben seliger denn Nehmen, und unheiliger noch als Nehmen Bittensmissen ist. Aber der Zeitpunkt, wo wir nicht mehr bitten wollen, ist nicht gleichbedeutend mit dem Tage der Einstellung unserer Kinderhilfsaktion.

Ist sie etwa nicht mehr nötig? Die neue Denkschrift, die das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt dem Landtag vorlegt, gibt Antwort. Eine neue Entbehrungsperiode der Kinder ist angebrochen. Arbeitslosigkeit und geringe Einkommen wirken sich aus. Kartoffeln, Rüben, Kaffee-Ertrag, minderverwertiges Brot sind Hauptnahrung. In zahlreichen Städten 40 Proz. unterernährt, mitunter 50, 60 bis zu 90 Proz.! Ein Zehntel Einzelschüler der jüngerer Klassen zum Schulbesuch! Im Vorschulunterricht ist vielfach wieder der tiefste Stand der Nachkriegszeit erreicht. Hiermal so viel tuberkulose Kranke Kinder wie 1913!

Vor kurzem hat die Genfer „Internationale Vereinigung für Kinderhilfe“ eine „Proklamation der Rechte des Kindes“ veröffentlicht, zahlreiche Staaten aller Weltweite haben sie unterschrieben. Sie verleiht primäre Lebensrechte. Wir in Deutschland konnten dieser Proklamation unsere Verfassung gegenüberstellen, die weit mehr als dies dem Kinde verleiht, wir konnten auf unser neues Jugendwohlfahrtsgesetz hinweisen, das überall, wo es im Ausland bekannt wird, als starker Akzentpunkt für das neue Deutschland wirkt. Um so tragischer ist der Gegensatz zwischen diesen Rechten und der allgemeinen Kindernot. Wir stehen noch auf unabsehbarer Jahre unter dem Druck schwerer Lasten — sie dürfen trotz allem nicht daran hindern, einer ganzen jungen Generation Erhaltung und Schutz zu geben. Hier ist die wirklich nationale Tat, die zugleich uns in der Achtung der Welt erhöht. Die erste und selbstverständliche Forderung, des Kindes, Anspruch auf Nahrung, verlangt Fortführung der Speisung aus deutschen Mitteln, unter Erhaltung aller Jungendern, der Vorschulpflichtigen, Schulkinder, Jugendlichen auch der werdenden Mütter, denen es nie schwerer wird denn heute, sich der Mutterschaft zu freuen.

Und so schön ein Kinderdankfest ist — möge bald der Tag kommen, wo Kinder für Stillung ihres Hungers, für Erhaltung ihres Lebens nicht zu danken brauchen, wo „Kinderhilfe“ zur Pflicht für alle allgemein anerkannten Grundgesetze von „Kinderrecht“ und „Gemeinschaftspflicht“ wird. **Wald Schreiber.**

100 Jahre Friedrichswerdersche Oberrealschule.

Aus den Kämpfen um eine neue Schularzt.

Die Friedrichswerdersche Oberrealschule, die bisher ihr Heim in der Riederwallstraße hatte und seit diesem Jahre in die leer gewordenen Räume des Sophienparkbaus in der Weinmeisterstraße übergesiedelt ist, feiert jetzt die 100. Wiederkehr ihres Gründungstages. Am Herbst 1824 wurde sie nach langwierigen Verhandlungen und nach Überwindung schwerer Widerstände als „Berliner Gewerbeschule“ gegründet, um jungen Leuten, die einen gewerblichen Beruf ergreifen wollten, eine höhere Vorbildung zu geben. Sie schloß die alten Sprachen aus und machte die Mathematik, die Naturwissenschaften und die neuen Sprachen zu den Hauptmitteln ihrer Bildungsarbeit.

Die Jubelfeier begann gestern in der Schulkonferenz mit einer feierlichen Sitzung, an der sich mit dem Lehrkollegium und den Vertretern von Behörden viele frühere Schüler und Eltern jetziger Schüler beteiligten. Glückwünsche überbrachten u. a. vom Unterrichtsministerium der Geheimrat Meißner, vom Magistrat der Stadt, der Senatspräsident der Berliner Oberrealschulen Paulsen (betritt), vom Bezirksamt Mitte der Stadtrat Herrmann. Der jetzige Direktor Drahoff schloß in seiner Festrede die Entstehung der Schule, die „mit Erbitterung geführten Kämpfe“, bei denen „nicht Schulmeinungen, sondern Lebensrichtungen“ ja Weltanschauungen in Frage kamen. Er zeigte, wie die damalige Regierung das Verlangen nach dieser neuen Schularzt zunächst von ihrem engen Gesichtskreis aus behandelte, wie veraltete und überholte Anschauungen erst allmählich der besseren Einsicht weichen, wie noch lange nach dem Zustandekommen der neuen Schule über ihre Zweckmäßigkeit verstandnislose Urteile geäußert wurden, die man heute nur mit Achzeln und Kopfschütteln lesen könne. Uns fiel bei dieser Rückschau ein, daß wir auch heute in einer Zeit lebten, die um Neues in der Schule ringt, um Neues, das von noch viel höherer Bedeutung ist, als der damalige Wunsch nach der alten Lateinschule. Wie mag man, fragen wir hier, noch abermals hundert Jahren über die Beschränktheit und Niedrigkeit urteilen, mit der die heutigen Vorkämpfer für die erstrebte neue Schule von ihren Gegnern angegriffen und verfolgt werden!

So schwindelt das Kommunistenblatt.

Die „Rote Fahne“ ist bemüht, eine in der Schönhauser Allee am 9. September vorgenommene Zusammenkunft zwischen Polizei und Publikum in ihrer bekannten Art gegen den „Vorwärts“ anzuschuldigen. Vor einigen Tagen brachte sie die Karikatur eines Polizeileutnants mit einem vom Blut schwer misshandelter Personen riechenden Säbel und sagte dazu: „Der „Vorwärts“ lehnte die Veröffentlichung einer Beschwerde der Betroffenen büßte ab, weil sein Parteigenosse Richter dadurch schwer belastet würde.“ Das sollte so aussehen, als ob beim „Vorwärts“ irgendwer die Rücksicht auf den Polizeipräsidenten Richter als Grund der Nichtveröffentlichung angegeben hätte. Selbstverständlich hat bei uns niemand etwas Derartiges gesagt, und wir lassen uns auch niemals in unserer Entscheidung über Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung von irgendwelcher Rücksicht auf den Polizeipräsidenten leiten. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht jetzt unter anderem Hinweis auf jenen Zusammenstoß ein ärztliches Attest, in dem festgestellt wird, daß der Körper einer mitbetroffenen Frau HEMP Merkmale von schweren Mißhandlungen aufweist. Hierzu bemerkt das Blatt: „Frau Hemp ist demnach sehr erheblich misshandelt worden, nicht weniger die anderen genannten Personen, die den „Vorwärts“ um Veröffentlichung des Stenbals ersuchten. Von einem der „Vorwärts“-Redakteure wurden die Angaben der Mißhandlungen als „Blödsinn“ bezeichnet.“ Das soll wieder so aussehen, als ob wir die in diesem Attest gegebene Darstellung gefasst und als „Blödsinn“ abgelehnt hätten. Keinem bei uns ist es eingefallen, Angaben über Mißhandlungen einjoch mit

dem Wort „Blödsinn“ abzutun. Wenn die „Rote Fahne“ andeutet, daß wir von mehreren Personen um Veröffentlichung ersucht worden seien, so ist ihr auch hier wieder, wie so oft, ein kleiner „Arrtum“ unterlaufen. Von den in dem Kommunistenblatt genannten Personen haben wir nur einen Herrn Klinowski kennen gelernt, der allein bei uns war. Er gab an, daß auch eine Frau verhaftet worden sei, sagte aber nichts davon, daß man sie misshandelt habe. Von dieser Mißhandlung erfahren wir erst jetzt aus der „Roten Fahne“. Wir wundern uns, daß man uns nicht ebenso wie dem Kommunistenblatt das Attest mitgeteilt hat. Die verlogene Anschuldigung gegen den „Vorwärts“ ist echt moskowskisch.

Noch einmal die Straßenbahnunfälle.

Wer hat Schuld?

Man schreibt uns: Bei den zahlreichen Straßenbahnunfällen der letzten Woche ist von der Direktion der Straßenbahn eigentlich immer wieder nur betont worden, daß der Fahrer die Schuld trage und daß im Gegensatz zu der Behauptung der Fahrer die Bremsen der einzelnen Wagen richtig funktionierten hätten. Diesen Behauptungen muß entschieden widersprochen werden. Ein gut Teil Schuld an den Straßenbahnunfällen trägt entschieden auch die Direktion der Straßenbahn. Der Betrieb, so wie er heute von der Direktion eingerichtet ist, enthält mehr Gefahrenquellen als früher.

Zunächst einmal: Die Fahrzeit auf den einzelnen Linien ist zum Teil in nicht geringem Maße verkürzt worden, ohne daß für eine Verkürzung der Zeitfolge der einzelnen Wagen Sorge getragen worden wäre. Dadurch würde der Überfüllung der Wagen vorgebeugt und übermäßiger Aufenthalt an den einzelnen Haltestellen vermieden, so daß der Fahrer nicht mehr gezwungen wäre, die jetzt an den Haltestellen dauernd entstehenden Zeitverluste durch übermäßig schnelles Fahren auszugleichen. An sich liegt die Verkürzung der Fahrzeit durchaus im Interesse des großstädtischen Verkehrs, und es wäre dringend zu wünschen, wenn eine einwandfreie Regelung der Zeitfolge die verkürzte Fahrzeit ohne Herausforderung von Gefahren einzuhalten ermöglichte. Bei dem schweren Straßenbahnunfall am Ronnendamm in Spandau (wir haben im gestrigen Morgenblatt darauf hingewiesen, daß sich die einzelnen dabei Beteiligten direkt widersprechen. D. Red.) muß darauf hingewiesen werden, daß an all den Stellen, wo sich sogenannte H-Tafeln, d. h. Gefahrentafeln befinden, diese am Abend nicht beleuchtet sind. Der Fahrer, der häufig die Strecke gefahren ist, weiß wohl, wo H-Tafeln stehen und richtet seine Fahrt danach ein. Es gibt aber auch Fälle, wo die Fahrer nicht so genau Bescheid wissen, daß es durchaus notwendig erscheint, die Gefahrentafeln bei Eintritt der Dunkelheit zu beleuchten.

Was das angeblich gute Funktionieren der Bremsen bei Probefahrten anbelangt, so muß betont werden, daß Probefahrten, bei denen ja meistens außerordentlich sorgfältig vorgegangen wird, keinen einwandfreien Prüfstellen für das Funktionieren der Bremsen abgeben. Außerdem kommt es vor, daß die Probefahrten mit leeren Wagen unternommen werden, während es doch selbstverständlich ist, daß der mit Passagieren gefüllte, in der jetzigen Zeit nicht selten überfüllte Straßenbahnwagen ganz anders auf die Bremsen reagiert. Endlich muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß der zu lange Dienst und die schlechte Bezahlung die Sicherheit des Betriebes nicht gerade erhöhen. Das Fahrpersonal hat heute 13 bis 14 Stunden Dienst am Tage. Dagegen liegt, bedingt durch die Haltezeiten, eine Pause von 1 bis 1 1/2 Stunden den Tag über. Neben diesem Dienst muß aber auch noch die Zeit in Anschlag gebracht werden, die mit der Abrechnung auf den Bahnhöfen vergeht. Der Verbrauch an Anfortschritt ist bei den im Großstadtbetrieb Tätigen so groß, daß selbst die achtstündige Arbeitszeit noch reichlich lang erscheint. Arbeitszeiten, wie sie hier gefordert werden, erhöhen das Gefahrenmoment in geradezu furchtbarer Weise. Die Bezahlung des Personals ist überaus gering. Am Anfang erhält der Fahrer 53 Pfennig und der Schaffner 51 Pfennig die Stunde, nach einem halben Jahr erhöht sich dieser Lohn um 2 Pfennig pro Stunde.

Erbsisch in der Fontanestraße. Als gestern nachmittags gegen 1 1/2 Uhr ein mit Ziegelsteinen beladener Lastkraftwagen mit Anhänger die Fontanestraße entlang fuhr, sank plötzlich vor dem Hause Nummer 14 unter dem Anhänger der Boden ein. Es

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 25. September.

Tageseinstellung. 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorkörse (nur Montag bis Freitag). 12.55 Uhr nachm.: Uebermittlung des Zeitzeichens. 1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produkte- und Viehbörse; amtliche Devisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide etc. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise).

4.30—5.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Liebesduett Marina und Dimitri aus der Oper „Boris Godunow“. 2. Massarsky. 3. Ouvertüre zu „Egmont“, Beethoven. 4. Klagen des Gedenken, Dvorak. 5. Fantasia aus der Oper „Die toten Augen“, Albert. 6. Ave Maria, Bach-Gounod. 7. Liebeslieder, Walzer, Joh. Strauß. 8. Potpourri aus der Operette „Die schöne Helena“, Offenbach. 9. Mein letzter Gruß, Marsch, Herzer. Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe „Berufsberatung“. IV. Vortrag, Herr Oberregierungsrat Dr. Bogunat, Mitglied des Reichsgesundheitsamtes: „Psychotechnische Erziehungsprüfung im Dienste der Berufsberatung“. **8.30—10 Uhr abends: III. Sonderveranstaltung der Funkstunde unter Mitwirkung von Herta Dehmow, Kammer Sänger Georg Baklanoff, Maurice v. d. Berg, Prof. Georg Schumann. 1. a) Ave Maria, Schubert-Wilhelmy. b) Rondo, Mozart-Kreisler (Maurice v. d. Berg). 1. Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters. 2. a) Im Abendrot, b) Der Tod und das Mädchen, c) Seligkeit, Schubert (Herta Dehmow). 3. Improvisation E-dur, Schubert (Prof. Georg Schumann, Klavier). 4. Arie aus der Oper „Der Maskenball“ Verdi (Kammer Sänger Georg Baklanoff). 5. a) Rondino, Beethoven-Kreisler, b) Spanischer Tanz, Sarasate (Maurice v. d. Berg). 1. Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters. 6. a) Verborgenheit, b) Das doch gemalt all' deine Reize wären, c) Weylas Gesang. d) Morgenhymne, Hugo Wolf (Herta Dehmow). 7. Drei Stücke aus Dur und Moll a) Walzerträume, b) Ländler, c) Zur Jagd, Georg Schumann (Professor Georg Schumann, Klavier). 8. a) Arie aus der Oper „Rigoletto“, Verdi, b) Das Credo des Jago aus „Othello“, Verdi (Kammer Sänger Georg Baklanoff). Am Steiny-Flügel: Kapellmeister Otto Uack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.**

entstand ein etwa 2 Meter langes und einen halben Meter breites Loch sowie ein Hohlraum von etwa 15 Kubikmeter Inhalt. Allem Anschein nach hat das aus einem defekt gemordenen Rohr ausgetretene Wasser das Pflaster untergraben. Die Stelle wurde sofort polizeilich gesperrt.

Die Ehe des Grafen Pfeil.

Die unerquicklichen Zwistigkeiten zwischen dem Grafen Pfeil und seiner früheren Gattin, der Tochter des verstorbenen Hofbaurats Heim, des Erbauers der Stadtbahn, die schon zu wiederholten Malen die Defektheit beschäftigt haben, wurden jetzt wieder einmal vor der Strafkammer des Landgerichts III in langwieriger Verhandlung aufgerollt. Die frühere Gräfin Stephanie Pfeil ist jetzt mit einem Baron v. Romer verheiratet und hatte gegen ihren früheren Ehemann Strafverfolgung wegen schwerer Körperverletzung gestellt. Der Vorfall liegt ebenfalls bereits fünfzehnjährig zurück.

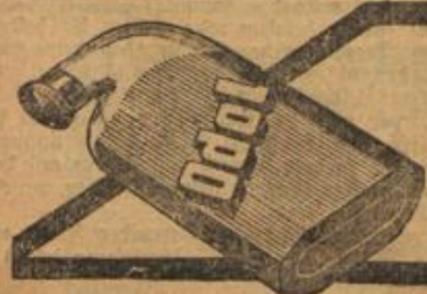
Im März 1919 war Graf Pfeil in Begleitung seines Sohnes in der Wohnung seiner früheren Frau in der Giesebrechtstraße erschienen, um die Herausgabe verschiedener ihm vom Gericht zugesprochenen Möbel zu verlangen. Frau v. Romer trat hinterher mit der Behauptung auf, daß sie bei dieser Gelegenheit von dem Grafen in Gegenwart ihres eigenen Sohnes schwer misshandelt worden sei. Sie hatte auch ein ärztliches Attest vorgelegt, nach welchem ihr Körper Spuren einer schweren Mißhandlung aufwies. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte den Grafen Pfeil zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte R.-M. B. Bloch Berufung eingelegt, aber auch die Nebenklägerin hatte durch R.-M. Bahn Einspruch gegen das Urteil erhoben. Vor Eintritt in die Verhandlung legte der Vorsitzende des Berufungsgerichts den Parteien nahe, endlich Frieden zu schließen. Die Ehe sei vor 17 Jahren geschieden und sie hätten doch wohl beide kein Interesse, immer wieder ihre schmutzige Wäsche vor der Öffentlichkeit zu waschen. Die Nebenklägerin wollte aber unter keinen Umständen auf die Vermittlungsvorschläge des Vorsitzenden eingehen und meinte: „Wenn man schmutzige Wäsche habe, so müsse man sie auch waschen.“ Graf Pfeil bestritt, sich an seiner früheren Frau vergreifen zu haben und bezeugte deren Angaben als hysterische Erfindungen. Vom Gericht war Med. Rat Dr. Störmer geladen, um sich über den Geisteszustand der Nebenklägerin zu äußern. Diese ist im Jahre 1918 an schwerer hysterischer Pünkele erkrankt gewesen und war in der Irrenanstalt Döllsdorf untergebracht. Zur Zeit der Vorkommnisse war sie jedoch bereits als geheilt entlassen. Von beiden Seiten waren zahlreiche Beurlaubungen geladen worden, durch die die ganzen unliebsamen Vorkommnisse in der Ehegeschichte des Paares aufgerollt wurden. In einer sehr peinlichen Situation befand sich der junge Graf Pfeil, der als Zeuge zwischen seinen leiblichen Eltern vor dem Gerichtsausschuss auftreten mußte. Nach seiner Behauptung hat der Vater sich keiner Ausschreitung gegen die Mutter schuldig gemacht. Diese habe den Vater sofort mit sehr häßlichen Vorwürfen überhäuft und alsdann um Hilfe geschrien. Sie wolle zum Fenster, um dieses mit einem Schirm einzuschlagen. Der Vater habe sie am Arm zurückgerissen, worauf sich die Mutter zu Boden geworfen habe. Daraus hätten sich Vater und Sohn entfernt. Uebrigens hat der junge Graf Pfeil bei diesem Besuch seine Mutter zum ersten Male gesehen, da er noch sehr klein war, als die Ehe geschieden wurde. Die Nebenklägerin richtete an ihren Sohn zahlreiche Fragen, bei denen sie ihn mit „Herr Zeuge“ und „Sie“ anredete. Die Verhandlung zog sich bis in die späten Abendstunden hin.

Die falsche Ehefrau.

Großes Aufsehen erregte im Dezember v. J. die Verhaftung einer Zeugin wegen dringenden Verdachts des Meineides in öffentlicher Gerichtsverhandlung. In einem Strafprozeß gegen einen Fabrikarbeiter Sch. wurde als Hauptbelastungszeuge eine Frau Erna A. vernommen, und der Angeklagte hatte einen Beweis gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugin angetreten. Bei ihrer Vernehmung gab die Zeugin an, daß sie die Ehefrau des in demselben Hause mit Sch. wohnenden Buchhalters Hermann A. sei. Der damalige Angeklagte bestritt das und behauptete, daß sie mit seinem Freunde A. in wilder Ehe zusammenlebe. Trotz dringender Vorhaltungen blieb die Zeugin bei ihrer Behauptung und erklärte, daß sie seit Juni 1916 mit Hermann A. verheiratet sei. Als dann der angeklagte Ehemann in den Saal gerufen wurde, mußte er unter seinem Eide eingestehen, daß die Zeugin mit seinem Vetter gleichen Namens, einem verheirateten Desoffizier, verheiratet sei und seit dem von der Zeugin angegebenen Zeitraum bei ihm als seine Wirtschaftlerin und Geliebte wohne. Dieser Vorgang hatte jetzt ein gerichtliches Nachspiel gegen Frau Erna A., die unterdessen wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, in Gestalt einer Anklage wegen wissentlichen Meineides. Der Verteidiger machte für die Angeklagte den Widerungsgrund geltend, daß sie sich bei Angabe der Wahrheit selbst einer strafbaren Handlung, nämlich des Ehebruchs, bezichtigt haben würde. Das Schwurgericht kam zu derselben Auffassung und verurteilte die Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Außerdem wurde ihr die Eidesfähigkeit abgeprochen.

Wieder eine Denkmalausstellung.

Zehntausendmal ist uns in Wort und Schrift von den patriotischen Nationalen versichert worden, und zwar zufälligerweise immer dann, wenn es sich um eine Ehrung der Republik und des republikanischen Gedankens handelte, daß jetzt keine Zeit zum Feiern sei. Sie selber aber strafen ihre eigenen Worte täglich lägen. Vor uns liegt ein großes vierseitiges auf gutem Papier enggedrucktes Mitteilungsblatt des Denkmalausschusses zur Denkmalausstellung. Es enthält die Namen der Teilnehmer, die am 27. und 28. September in Spandau vor sich gehen soll. Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn es gilt, in würdiger, schlichter Form die Toten des Weltkrieges zu ehren. Was hier aber in Spandau beabsichtigt wird, scheint alles andere als schlicht zu sein, und ob es würdig sein wird, muß abgewartet werden. Wie die Schlichtheit dieser Patentnationalen aussieht, dafür nur im Mitteilungsblatt „he Himmel für den 28. September, an dem „möglichst mit Uniform, Helm, Orden, Ehrenzeichen, Fest-, Verzierungs- und Waffenabzeichen angetreten“ werden soll. Händlicher wird jedoch weiter in dem Mitteilungsblatt bemerkt, daß es nicht auf den Hof, sondern auf den Mann und sein Garde-Fußartillerieregiment ankommt.“ Wäbern wirkt es heute auch, wenn man am 27. September ausgerechnet die „54. Wiederkehr des Tages der Eroberung von Stralburg“ feiern will. Das Tollste aber kommt noch. Auch die der aktiven Reichswehr angehörige Traditionsbatterie beteiligt sich an dieser merkwürdig aufgelegenen Denkmalausstellung. Es heißt darüber in den Mitteilungen: „Nach beendeter Aufstellung: Anmarsch der Traditionsbatterie, darauf Ab-



Odol ist das konzentrierteste Mundwasser der Welt, wenige Tropfen genügen! Odol ist also sehr sparsam. In Anbetracht dieser Sparsamkeit, die wie ein Wunder anmutet, ist Odol tatsächlich das billigste Mundwasser der Welt.



schreiten der Fronten durch den letzten Generalinspekteur der Fußartillerie, General der Artillerie v. Bouter, den Divisionskommandeur, Generalmajor Prinz Eitel Friedrich, Kgl. Hoheit, der ehemaligen Regimentskommandeure und die Generale. Man beachte genau die Fassung dieses Satzes. Der Generalinspekteur, die Regimentskommandeure und die Generale werden als ehemals bzw. jetzt bezeichnet. Bei dem Hohenzollernprinzen findet man diese Bezeichnung jedoch nicht. Er wird von der Festleitung offenbar als noch immer aktiv angesehen und dieser demgemäß als aktiv gekennzeichnet. Hohenzollernprinzen soll womöglich die Front eines republikanischen Truppenkörpers, eben jener Traditionsbatterie, abschreiten? Das kann nett werden.

Den Herrschaften scheint alles Gefühl dafür abzugehen, wie es im Ausland wirken muß, wenn ein verarmtes Volk sich fast täglich ein neues kostspieliges Denkmal leistet. Das ist, solange auch nur einer der Kriegerhinterbliebenen unter dem Hungerfluch des Krieges schmachtet, eine glatte Verhöhnung des Andenkens der Gefallenen.

Der Liebestod.

Mit Leuchtgas vergiftete sich gestern der in der Kaiserin-Augusta-Allee 46 in Charlottenburg wohnhafte Ingenieur G. mit einem jungen Mädchen. Bei Eintreffen der Samariter der Feuerwehr, die mit Sauerstoffapparaten Wiederbelebungsvorkehrungen anstellen wollte, waren die Weiden bereits tot. Ihre Leichen wurden beschlagnahmt und in das Leichenschauhaus übergeführt. Was die beiden jungen Leute in den Tod getrieben hat, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Zu der Bluttat in der Willibald-Alexis-Straße wird gemeldet, daß das ermordete Mädchen von seiner Mutter rekonstruiert worden ist. Es ist die 25 Jahre alte Martha Friedrich aus der Friedriehselder Straße. Wahrscheinlich hat der Mann sie am Abend zuvor kennen gelernt. Die Leichen wurden beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Waldfest der Jungsozialisten. Die Berliner Jungsozialistengruppen veranstalten am Sonntag, 28. September, am Plötzensee bei Rüdow ein großes Herbstwaldfest. Musik- und Gesangsvorträge, Rezitationen, Szenen aus Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ mit Musik und Tanz. Beginn der Veranstaltung: 2 Uhr nachmittags. Abfahrzeiten vom Stettiner Bahnhof: 7 Uhr 40 Min. bis 10 Uhr 10 Min. halbstündlich bis Bernau (etwa zwei Stunden Fußwanderung über Labedurg-Lobetal); 7 Uhr 30 Min. und 8 Uhr 25 Min. bis Rüdow (etwa 1 Stunde zu Fuß) oder 8 Uhr 55 Min. und 10 Uhr 10 Min. bis Wiesenthal (etwa 1 1/2 Stunde Fußweg) auf Sonntagstrafbahn.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für Volkshochschule, Künste und Musik werden noch Abonnenten aufgenommen. Meldungen bei den Obmannen der Bezirksbildungsausschüsse und im Bureau des

Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II. — Rächte Feierstunden. Ernst Zeller gewidmet, am Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. Preis der Einzeltarte 1,20 Mk. — Erles Festkonzert am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Str. 22. Werke von Beethoven und Brahms. Preis der Einzeltarte 1,10 Mk. — Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Theater des Westens „Madame Legros“. Preis pro Karte 0,90 Mk. — Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8. Vorwärts-Buchhandlung Lindenstr. 2, Jägermeisterstr. von Doris, Einzelkarte 2/25 (Gewerkschaftshaus), sowie bei den Obmannen der Bezirksbildungsausschüsse. — Montag, den 29. September, vanklich 3 Uhr nachmittags, Sitzung des kleinen Bildungsausschusses im Bureau.

Antritt der Deutschlandfahrt des J. R. 3.

Am gestrigen Nachmittag ist in Friedrichshagen die Entscheidung über die Dreißig-Stundenfahrt des J. R. 3 gefallen. Die Nachrichten der deutschen Wetterarten lauteten im allgemeinen ein wenig günstiger als in den vorausgegangenen Tagen, nachdem das über Island gelagerte Tief in nordöstlicher Richtung sich zu entfernen begonnen hat. Die Wetterlage im Süden Westeuropas ist zwar nicht besonders günstig, da von überall her beständige Regenfälle gemeldet werden, doch besteht für das Luftschiff die einzige Schwierigkeit in dem Herausbringen aus der Halle. Man kam dahin überein, nunmehr die Fahrt doch am Donnerstag morgen um 7 Uhr anzutreten. Der Flug wird im allgemeinen in der von uns bereits gemeldeten Richtung verlaufen, natürlich muß immer damit gerechnet werden, daß letzten Endes die Wetterlage dafür entscheidend ist, ob die Route in den letzten Augenblicken nicht doch kleine Veränderungen erfährt. Jedenfalls kann, wenn nicht noch in den nächsten Stunden ein unvorhergesehener Wettersturz eintritt, mit der Tatsache gerechnet werden, daß J. R. 3 am Freitag morgen über Berlin sein wird.

Der elektrische Tod.

Dittersbach (Schlesien), 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reisenden des Zuges, der heute in der zweiten Nachmittagsstunde von Waldenburg nach Dittersbach fuhr, waren gezwungen, Zeugen eines grauenhaften Schauspielers zu sein. Diese Bahnlinie wird neben einer Anzahl anderer schlesischer Linien seit einiger Zeit elektrisch betrieben. Auf einem der Leitungsmaste war ein Leiter mit irgendwelcher Arbeit beschäftigt. Als der Zug herannah, geschah es auf bisher noch unaufgeklärte Weise, daß der Starkstrom in den Körper des Arbeiters fuhr. Er ist offenbar rasch getötet worden, die Arbeiter aber und der Körper selbst gingen frei, und so mußten die Reisenden des Zuges, der stehen blieb und längere Zeit anhalt, die Verbrennung eines menschlichen Körpers in der Luft mit ansehen. Die Untersuchung wird wohl Klarheit darüber schaffen, ob etwa der unglückliche Arbeiter nicht mit den notwendigen Sicherheitsmitteln versehen war. Der Zug selbst erlitt eine halbstündige Verspätung.

Ueberschwemmungen in Petersburg.

Nach einer Meldung aus Moskau erfolgte in Petersburg eine Ueberschwemmung in einem noch nie dagewesenen Ausmaße. Infolge eines seit einigen Tagen ununterbrochen wütenden Sturmes stieg das Wasser der Rewa um 10 Fuß über den gewöhnlichen Stand, überschwemmte die Ufer der Wassilewski-Inseln und richtete sich gegen den Newski-Prospekt und die innere Stadt. Ueberall wurden sofort Rettungsarbeiten durch die Abteilungen der Roten Armee und der Witz sowie durch freiwillige Abteilungen aufgenommen. Der Straßenbahnbetrieb mußte eingestellt werden, und der Fußgängerverkehr wurde im größten Teil der Stadt unmöglich. Menschenopfer sind nicht gemeldet worden. Gegen 11 Uhr abends ließ der Wind nach, so daß das Wasser schnell fiel. In den überschwemmten gewesenen Stadtteilen konnte der Fußgänger- und Wagenverkehr wieder aufgenommen werden. Die Elektrizitätsversorgung und der Telefonverkehr sind noch außer Betrieb.

Ein Luftballonunfall trat sich in der Nähe von Großenhain zu. In der Chemischen Fabrik von Heyden in Weißig geriet ein mit mehreren Luftschiffern besetzter Ballon, kurz nachdem er aufgestiegen war, in die 60000-Volt-Leitung. Als der Ballon in die Drähte schlug, entstand eine große Stichflamme, die jedoch glücklicherweise den Ballon nicht berührte. Infolge der Gefahr sprang ein Passagier ab; der Führer zog die Reißleine. Die Mitfahrer kamen sämtlich mit dem Schrecken davon.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr: Friedmann: Jugendheim Offenbacher Str. 5a. Vortrag: „SRL und Militarismus.“ — Schulbrennen: Schule Götterburger Str. 2. Vortrag: „Die Natur der Demokratie.“ — Korb: Schule Bismarcker Str. 3. Vortrag: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie.“ — Osten, Str. 11. Schule Koenigsstr. 3. Vortrag: „Schulreform.“

Arbeiterport.

8. Bezirk, IV. Gruppe. Am Sonntag, den 28. September, vorm. 10 Uhr, findet im Lokal von Wende, Steglitz, Berlinstr. 1, eine Gruppen-Schwimmerziehung statt. Es können alle Schwimmarten in Pflicht. Touristenverein „Die Naturfreunde“, Alt. Raabitz, am Donnerstag, den 25. September, Abends 8 1/2 Uhr im Rinderkottentimmer, Bernauer- oder Götterburgerstr. Vortrag des Genossen Krümm: „Der Mensch und die Interessen der Arbeiter.“ Wetter für Berlin und Umgegend. Fortdauernd veränderlich, mäßig, zeitweise anhaltend mit vorübergehenden leichten Regenschauern bei wenig geänderter Temperatur. — Für Deutschland Ueberall wechselnd demüßigt und mäßig warm, im Westen ziemlich verbreitete, sonst nur schwache letzte Regenfälle, im Südosten trocken.

Nach AMERIKA

In Amerika vorausbezahlte Überfahrten (sogenannte Prepaid-Passagen) werden kostenlos durch uns bearbeitet. Geben Sie uns die Adresse von Verwandten oder Bekannten auf, die Ihnen die Kosten für die Überfahrt zur Verfügung stellen wollen, wir besorgen Ihnen dann kostenlos die Schiffkarte. Vertretung des Norddeutschen Lloyd Bremen. In Berlin W 81: Norddeutscher Lloyd, Kajütenbureau, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon), in Berlin NW 40: Generalvertretung F. Montanus, Invalidenstr. 92, zwischen Lehrter und Stettiner Bahnhof, in Berlin W 91: Transatlantisches Reise- und Verkehrsbureau, Budapester Straße 4, in Berlin: Weltreisebureau „Union“, Unter den Linden 22. Nur für Frachten: Norddeutscher Lloyd, Frachtbureau Berlin, Unter den Linden 37/38.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Nach den Beschlüssen des Verbandes in Hamburg regeln sich für den Berliner Gau die Beiträge ab 28. September 1924 wie folgt: Vollmitglieder 2 Mk., Mitglieder, welche der Verbandsscheinbesitzer nicht angehören 1,25, Gewerkschaftsmitglieder 1,55, nur zur Invalidenkasse (3 Gg) 0,65 Mk. Das Eintrittsgeld f. Neueinsteiger beträgt 0,70 Mk., für Wiedererwerbende 1,40 Mk. Der Beitragsbeitrag bleibt wie bisher 10 Pfg. — Die schuldige Restierung des erhöhten Beitrages hat in der Woche vom 22.-27. September zu erfolgen. Rückständige Beiträge sind mit dem neuen Beitrag zu bezahlen. Der Gauvorsitz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung! Verwaltungsmittglieder! Freitag, den 26. September: Sitzung der mittleren Dreiberverwaltung. Die Ortsverwaltung.

250.

Preussisch-Süddeutsche Jubiläums-Klassenlotterie

200000 Lose mit 1170000 Gew. u. 1 Prämie in 5 Klassen = 21 140 000 R.-Mk. Höchstgewinn gem. § 9 = R.-Mk.

- 1 Million
- 500000
- 500000
- 300000
- 200000
- 150000
- 100000

usw. Alle Los-Nr. u. Gewinne werden jetzt wieder einzeln gezogen.

Ziehung 1. Kl. am 10. u. 11. Oktober.

Los-Preise: pro Klasse für alle 5 Kl. achtel = 5 Mk., viertel = 6 Mk., halbe = 12 Mk., ganze = 24 Mk.; für alle 5 Kl. achtel = 15 Mk., viertel = 30 Mk., halbe = 60 Mk., ganze = 120 Mk.

Original-Lose zu haben bei

Fr. Müller St. Lot.-Einsamler i. Fa. Lud. Müller & Co. Berlin C 19 Jerusalemstr. 18.

Postcheck-Konto: Berlin 31158.



Die Fußwanne und die Fußwonne des Herrn Geheimrats X.

Unter unzähligen Kanälern hat dieser treue Diener des Staates seine Pflicht getan. Seit fünf Jahren ist er wegen seiner Unentbehrlichkeit der Pensionierung entgangen und nachgeacht hat er sie nicht, denn man muß doch leben. Aber immer länger werden die Vorträge, die er seinen vorgesetzten Ministern halten muß. Stehend natürlich, damit die Debatte gewahrt werden. Und während er seinen Vorgesetzten einen sehr populären Vortrag über sehr populäre Steuerfragen hält, peinigt ihn außerordentlich die Frage: Wann wird diese quälende Audienz zu Ende sein, damit ich durch

das wohltuende Kukirol-Fußbad von diesen Pöttequalen erlöst werde? Sanitätsrat Dr. med. Campe's Kukirol-Fußbad ist nach seiner Überzeugung die herrlichste Erfindung, die in dieser jämmerlichen Zeit gemacht wurde. Man setzt sich behaglich in seinen Lehnstuhl, legt das neueste Kukirol-Innen, findet darin einige Witz, die einem sanft und mäßig, aber energisch die Säfte anziehen, und steckt dann die Füße mit Wonne in die Wanne. O, wie das gut tut!

Das Brennen der Sohlen, die qualvolle Spannung der Sehnen und die Schmerzen in den Knien hören sofort auf und ein weiches, wohliges Gefühl stellt sich ein. Es ist nicht zu beschreiben, man muß es versucht haben! Man liest dann einiges über obligatorische Zahnpflege in den Schulen, wundert sich, daß die Fußpflege, die mindestens ebenso wichtig für die Volksgesundheit ist, nicht längst ebenfalls obligatorisch eingeführt ist, und beschließt, mit dem Kollegen Y darüber zu reden, damit er seinen Minister auf diese Angelegenheit, sich durch eine Kukirol-Nachdruck zu sichern, aufmerksam macht. Höhenrungen hat man doch seit Dank längst nicht mehr, davon ist man schon vor Jahren durch das millionenfach bewährte und kritisch empfohlene Kukirol-Höhneraugen-Plaster in wenigen Tagen ohne Entzündung (die sich bei minderwertigen Mitteln leicht einstellt) und ohne Schmerzen, also schmerzlos, unblutig und gefahrlos befreit worden.

Leicht und elastisch ist der Schritt der alten in Ehren ergrauten Beine nach dem Kukirol-Fußbad geworden, förmlich verjüngt fühlt man sich.

Machen auch Sie heute abend einen Versuch!

Sie bekommen die Kukirol-Präparate in jeder Apotheke und wirklichen Fachdrogerie. Es ist kaum glaublich, aber Tatsache, daß die Provinz im Verhältnis zur Einwohnerzahl weit mehr Kukirol-Fußbad verbraucht, als Berlin, während bei Zahnheilmitteln, Cremes, Puder usw. das Verhältnis umgekehrt ist. Zum Teil mag das ja daran liegen, daß sich

der Berliner Kanaler leichter minderwertige Nachahmungen aufreden läßt, während der Käufer in der Provinz sehr energisch darauf besteht, für sein gutes Geld gerade das zu bekommen, was er verlangt hat. Aber daran kann es nicht allein liegen. Der Grund dürfte vielmehr sein, daß man sich in der Provinz mehr Zeit für sein Wohlbefinden gönnt, während der Berliner lieber mit schwitzenden, brennenden, wunden und mit Höhenrungen gequälten Füßen sich lustig abkühlt, als daß er sich eine Viertelstunde Zeit nehme, die Wohltat eines Kukirol-Fußbades zu genießen.

Aber Sie werden viel tüchtiger zu Ihren Geschäften, wenn Sie elastisch, spannkraftig und schmerzfrei auf Ihren Füßen stehen.

Das unbehagliche Gefühl, das schwitzende, brennende und ermüdete Füße verursachen, macht nervös und abspannt. Das wird uns tausendfach bestätigt in Zuschriften, wie die folgenden:

Erstaunt über die Wirkung! Ihr bewährtes Mittel Kukirol habe ich verwendet und war erstaunt über die großartige Wirkung. Auch Ihr Kukirol-Fußbad hat von einzigartiger Wirkung. Unzählige Mittel habe ich versucht, natürlich stets ohne Erfolg.

Peter Kröll, Berlin NW 5, Quitzeustraße 110.

Ueberraschende Erfolge.

Ich habe Ihr Kukirol in meiner Praxis verwendet und damit überraschende Erfolge erzielt, auch habe ich mit Ihrem Kukirol-Fußbad bei Frostdellen heilende Wirkung erreicht.

Dr. v. Walek, Naturheilkundiger, Krübler- und Wasserheilverfahren nach Pierre Kneipp, Berlin-Schöneberg, Koburger Straße 6.

Kukirol-Fußbad Probepackung 30 Pfg. Doppel-Packung 60 Pfg. 12 Doppel-Packungen 5.- Mk. Kukirol-Höhneraugen-Plaster 75 Pfg. Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke „Höhnerkopf mit Fuß“.

Wir versenden unsere Broschüre „Die richtige Fußpflege“ vollständig kostenlos und portofrei ohne jede Verbindlichkeit für Sie. Verlangen Sie diese sofort!

Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsetzung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle Fragen, die sich auf Fußpflege und Fußleiden beziehen.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze 23 bei Nagelburg.



Nelson-Fahrräder

direkt ab Fabrik nur fabrikneue Fahrräder

Halbrennmaschinen 1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie . . . Mk. 55.-

Solide Tourenmaschinen 1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie . . . Mk. 60.-

Nelson-Spezial-Herren- u. Damen-Tourenräder unbedingt zuverlässig u. rassic, mit prima Freilauf u. prima Bereifung, gelbem Sattel mit verwickelter Feder und gelber Ledertasche mit Werkzeug, Handbremse und Schutzblechen, 1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie . . . Mk. 78.-

Seit 1. Januar 1924 über 6000

Nelson-Fahrräder und Fahrradrahmen allein in Berlin verkauft

Nelson-Fahrradbau G. m. b. H. Berlin-Schöneberg, Akazienstraße 28

Fabrikgebäude

Verkaufszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Hohenzollern = Ahnen.



„Skandal, daß ER prozessieren muß. ER soll nachweisen, woher ER es hat!“ — „Ja, und ein Glück, daß WJK nicht als Zeugen vernommen werden können.“

Der Abbau von Wahlbeamten. Entscheidung über die Auslegung der Verordnung heute.

In der gestrigen Sitzung des Landtags, über die wir zum Teil bereits berichteten, führte Abg. Hirsch (Soz.) u. a. aus: Wir haben grundsätzlich die sofortige Aufhebung der Personalabbauverordnung gefordert und bereits im ständigen Ausschuss unsere Bedenken geltend gemacht, daß man auf rein mechanischem Weg Ersparnisse zu erzielen versucht. Ersparnisse müssen durch eine Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden.

Wir müssen hier einmal die Frage aufwerfen, welches denn der Zweck der Personalabbauverordnung gewesen ist. Ihr Zweck war, Ersparnisse in der Verwaltung zu machen. Allein in der Praxis hat man diesen Zweck vergessen und die Verordnung dazu mißbraucht, politisch unbequeme Beamte los zu werden. (Sehr richtig! links.) Es ist die höchste Zeit, daß der Mißbrauch dieser Verordnung endlich aufhört. Wir behaupten, daß wir im Ausschuss gezwungen wurden, unseren ursprünglichen Antrag zurückzuziehen. Er hatte leider keine Aussicht auf Annahme. Wir beschränkten uns deshalb darauf, die Annahme der Ausschuhentwürfe zu empfehlen, allerdings mit einigen Veränderungen. Der Teil des Ausschuhentwurfes, der das Staatsministerium ersucht, entsprechend dem Beschluß des Reichstags und dem Vorgehen der Reichsregierung jeden weiteren Personalabbau auf Grund der Abbauverordnung einzustellen und die erforderlichen Anordnungen an die nachgeordneten Behörden (einschließlich Kommunalbehörden) zu erlassen, findet unsere Zustimmung. Dagegen können wir nicht dem Rest des Ausschuhentwurfes zustimmen, denn dieser will nämlich erst dann den Abbau einstellen, wenn er in Breußen in dem Maße durchgeführt ist, wie das mit Rücksicht auf die Einschränkungen des Aufgabenspektrums, Abnahme des Geschäftsumfanges oder Veränderung der behördlichen Einrichtungen geboten erscheint. Unserer Meinung nach ist dieser Zeitpunkt heute bereits gekommen. Wenn wir dem Rest des Ausschuhentwurfes zustimmen würden, so würde das auf Deutsch bedeuten: Wacht mir den Hals, aber mach ihn nicht naß. Das können wir nicht mitmachen.

Das Gutachten, das nach dem Antrag bis spätestens zum 1. Oktober dieses Jahres dem Ausschuss unterbreitet werden soll, kann infolge des Ausganges der Beratungen vom 19. Juli bis zu diesem Termin natürlich nicht fertiggestellt werden. Es muß aber spätestens zum 1. Januar 1925 vorliegen.

Nun die Frage des Abbaus der Wahlbeamten: Hier sind politische Mißbräuche geradezu an der Tagesordnung. (Sehr richtig! links.)

Ich erinnere nur an die Vorgänge in Kassel, in Hannover und in Fürstenwalde. Alles, was wir bis jetzt in diesen Dingen erlebt haben, wird durch das Verhalten der Berliner Stadtverordnetenversammlung in den Schatten gestellt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung kümmert sich überhaupt nicht um Gesetz und Recht, sondern entscheidet nur nach politischen Gesichtspunkten. Wir wissen, welches Aussehen es erregt hat, daß man den Berliner Stadtschulrat Paulsen abgebaut hat. (Zuruf bei den Deutschnationalen: Aufsehen?) Aufsehen natürlich bei vernünftigen Menschen. (Sehr gut! bei den Soz.) Man hat Paulsen abgebaut, einen Mann, gegen dessen Qualifikation nicht das geringste eingewendet werden kann. Die Gegner Paulsens haben beschlossen, Paulsen abzubauen, aber nur die Person, nicht die Stelle. Dabei haben die Herren ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht: Sie haben vergessen, daß in dem Erlaß des Innenministers ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß, wenn nur der Stelleninhaber und nicht die Stelle abgebaut wird, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Wiederbesetzung der Stelle einzuholen ist. Das hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung nicht getan, so daß kein Zweifel besteht, daß

der Abbau Paulsens ungeheißlich

ist. Zunächst wird die Aufsichtsbehörde einschreiten. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre und die Stelle später wieder besetzt werden sollte, so müßte auf Paulsen zurückgegriffen werden. Was, glauben Sie, würde es für einen Heiterkeitsausbruch auslösen, wenn in etwa vier Wochen die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Stelle des Stadtschulrats wieder besetzen wollte und die Aufsichtsbehörde sagte, die Stelle müsse wieder mit Paulsen besetzt werden? (Heiterkeit links.)

Auch der Abbau der übrigen Berliner Magistratsmitglieder — es handelt sich ja nur um Sozialdemokraten und Kommunisten — ist ungeheißlich, weil die Vorschriften der Personalabbauverordnung außer acht gelassen wurden.

Die Verordnung schreibt vor, daß den Abbaufunktionären Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden muß. Diese Gelegenheit ist den betreffenden Herren nicht in der richtigen Form gegeben worden. Der für den Abbau eingesetzte Ausschuss hat die Herren lediglich zur Äußerung aufgefordert. Dazu hatte der Ausschuss aber gar kein Recht. In der Verordnung des Ministers heißt es: „Nach § 22 der Personalabbauverordnung ist vor der Verkündung in den einseitigen Ruhestand oder der Entlassung dem Beamten auf seinen Antrag auch der Beamtenvertretung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.“ Soweit für die Durchführung des Abbaus die Stadtverordnetenversammlung gemäß § 33 zuständig ist, muß die Aufforderung zur Äußerung von dieser ausgehen. Wohlgedenkt: von der Stadtverordnetenversammlung. (Hört! hört! links.) Das ist in Berlin nicht geschehen.

Es ist daher — heißt es weiter — erforderlich, daß sie entweder eine von ihr, etwa mit der Vorbereitung beauftragte Stelle (Abbaufunktion) ausdrücklich ermächtigt, namens der Stadtverordnetenversammlung die Aufforderung zur Äußerung ergehen zu lassen und daß sie selbst zunächst den Beschluß fassen, den Beamten, dessen Abbau sie in Aussicht nimmt, zur Äußerung aufzufordern. Darauf erst kann die Stadtverordnetenversammlung über die Verkündung in den einseitigen Ruhestand oder die Entlassung des Beamten selbst Beschluß fassen.

Diese strenge bindende Vorschrift hat man in Berlin außer acht gelassen und deshalb ist, wie in so vielen anderen Städten auch in Berlin, der Abbau ungeheißlich.

Nun noch ein Wort zu den Verhandlungen vom 18. Juli d. J. (Zuruf des Deutschnationalen Abg. Ebersbach.) Herr Ebersbach, seien Sie nicht so vorlaut, was ich Ihnen jetzt sage, wird Ihnen verdammt unangenehm sein. Am 18. Juli sagte Herr Ebersbach in der Geschäftsordnungsdebatte in einer Polemik gegen mich: „Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) wollen die sozialdemokratischen Bürgermeister in ihrem Amt belassen und wir nicht.“ Kommt man Herrn Ebersbach dieses Wort entfahren, habe ich ihm entgegengehalten,

daß damit von deutschnationaler Seite zugestanden werde, daß die Deutschnationalen bewußt gegen die Bestimmungen der Abbauverordnung und damit gegen die Verfassung handeln.

Herr Ebersbach hat nun eine kleine Korrektur im Stenogramm vorgenommen. Er änderte den erwähnten Satz dahin ab, daß er das Wort „alle“ hinzusetzte. (Zuruf des Abg. Ebersbach: Das ist doch dasselbe wie „die.“) Aber Herr Ebersbach, wollen Sie Mißhe machen? Was Sie gemacht haben, ist eine ganz klare Fälschung Ihres Stenogramms. Herr Ebersbach, bei der ursprünglichen Fassung Ihres Sazes warfen Sie uns vor, daß wir sozialdemokratische Bürgermeister im Amt lassen wollen und daß Sie das nicht wollen. Jetzt aber sagen Sie nach der Korrektur: „Sie wollen alle sozialdemokratischen Bürgermeister abbauen.“ Sie haben doch das Wort „alle“ nicht umsonst hinzugesetzt. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich bin überzeugt, daß nun jeder sozialdemokratische Bürgermeister, der abgebaut wird und sich an den Ausschuss beschwerdeführend wendet, mit dem Hinweis darauf, daß er aus politischen Gründen abgebaut ist, das, was Sie, Herr Ebersbach, gesagt haben und die Änderungen, die Sie an Ihrem Stenogramm vorgenommen haben, berufen wird, um seine Sache erfolgreich durchzuführen. Insofern darf ich Ihnen namens meiner Parteifreunde verbindlichen Dank für Ihre Fälschung aussprechen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Nach weiteren Reden der Abg. Ebersbach (Dnat.), Baumhoff (Z.), Meyer (Dt. Sp.) und Barck (Dem.) wird in der Abstimmung ein Antrag Ebersbach (Dnat.), die Entschlüsse unter 1 und 2 betreffend ein Gutachten des Justizministeriums über den Abbau von Wahlbeamten und betreffend Auslegung des Abbaus von Wahlbeamten bis zur Nachprüfung dieses Gutachtens dem Beamtenausschuss zurückzugeben, gegen die beiden Parteien der Rechten abgelehnt. In der Entscheidung betreffend das Gutachten wird der Termin 1. Oktober 1924 verändert in 1. Januar 1925. Die Ent-

schließung wird darauf in dieser Verhandlung mit großer Mehrheit angenommen. — Über die Entschlüsse betreffend Auslegung des Abbaus von Wahlbeamten findet auf Antrag Ebersbach (Dnat.) namentliche Abstimmung statt. Die Abstimmung ergibt bei 184 abgegebenen Stimmen die Befähigungsfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. v. Kries erteilt die nächste Sitzung auf 3 Minuten später mit der gleichen Tagesordnung an.

Gegen 3 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet. Die Abstimmung über die Entschlüsse zum Personalabbau wird nicht mehr fortgesetzt, so daß die Entscheidung über die Entschlüsse betr. Auslegung des Abbaus von Wahlbeamten erst morgen fällt. Das Haus wendet sich sofort der zweiten Lesung des Staatshaushaltsplans zu, und zwar dem Haushalt der Seehandlung. Der Haushaltsplan der Seehandlung wird bewilligt, die vom Ausschuss beantragte Entschlüsselung zwecks Nachprüfung der Organisations der Seehandlung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Erhöhung des Stammkapitals wird angenommen.

Das Haus geht über zur Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Nach Referaten der Abg. Dr. Millberg (Dnat.) und Giese-Charlottenburg (Dnat.) über die Ausschussverhandlungen vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Weitere Abstimmung über die Entschlüsse zum Beamtenabbau, Weiterberatung des landwirtschaftlichen Etats.

Schluß gegen 5 Uhr.

Wirtschaft

Tagung der Auslandshandelskammern.

Beslern begann der sachliche Teil der Beratungen, zu denen sich die Interessenvertretungen deutscher Auslandskaufleute in Berlin zusammengefunden hatten. Eingeleitet wurde die Tagung durch eine Rede des Reichswirtschaftsministers Hamm, der betonte, daß, wenn schon die Liebe der Auslandsdeutschen vor allem der Größe des Vaterlandes, der Erhaltung des deutschen Volkstums und der deutschen Sprache gehöre, das erste Mittel hierzu Förderung der deutschen Wirtschaft sei. Denn Volkstum, Staat und Wirtschaft stellt eine untrennbare Einheit dar; das habe man im Glück wie im Unglück und im Niederbruch erfahren, das erlebe man jetzt im Aufbau. Als Binnenwirtschaft könnten wir nicht gedeihen. Unser Schicksal sei aufs engste mit der Weltwirtschaft verflochten. Uns fehlten große einheitliche Siedlungsgebiete; um so wichtiger sei die persönliche Arbeit des deutschen Kaufmannes draußen.

Wir müssen Waren ausführen und auch Menschen ins Ausland schicken.

Für Beides gibt der deutsche Auslandskaufmann Anknüpfungs- und Stützpunkte. Wir brauchen Freunde und Verbündete draußen zu lebendigem Austausch von Nachrichten und Wissen, Hinweisen und Anregungen, in gegenseitigem Geben und Nehmen von Wahrheit, von Vertrauen. Andererseits werde man im Reiche bei allen Maßnahmen in stärkstem Maße auch prüfen müssen, wie sie auf die Deutschen und ihre Wirtschaft im Ausland wirken. Wenn unserem Vaterlande auch in den schlimmsten Tagen die wärmste helfende Liebe unserer Auslandsdeutschen gehört habe, so habe der unter schwierigen Verhältnissen neugegründete deutsche Staat sich ein Recht auf Achtung und Vertrauen erworben, dessen Vorteile vor allem auch die Auslandsdeutschen sein würden. Zu solcher Zusammenarbeit für das eine deutsche Volk zwischen den deutschen Wirtschaftlern der Heimat und denen des Auslandes möge diese Tagung eine glückliche Entwicklung eröffnen.

Am Anknüpfen daran berichteten in ausführlichen Referaten die einzelnen Auslandshandelskammern über die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern. So ist bemerkenswert, daß in China jetzt bereits 2500 Firmen und Einzelkaufleute tätig sind, in Japan 700. In manchen Ländern wurde infolge des Friedensabfalls der Einfluß der deutschen Kaufleute zugunsten anderer Nationalitäten stark zurückgedrängt. Einen interessanten Überblick über die Schwierigkeiten, unter denen der deutsche Außenhandel zu leiden hat, gab der Vertreter der deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand. Er kennzeichnete diese folgendermaßen:

1. Die Höhe der gegenwärtigen deutschen Preise, die in Verbindung mit den italienischen Zöllen das Geschäft entweder unmöglich machen oder erschweren.
2. Die Kapitalknappheit in Deutschland, welche es den meisten Firmen unmöglich macht, Kredite zu gewähren, ohne die man im hiesigen Lande nicht auskommen kann.
3. Die vom Standpunkte des Handels aus betrachtet geradezu vernichtende Höhe der deutschen Frachtkosten und das Fehlen beförderlicher Tarife, wodurch viele deutsche Waren derartig verteuert werden, daß ihr Absatz für den hiesigen Markt nicht mehr in Frage kommt.

Die Möglichkeit einer Überwindung dieser Schwierigkeiten sieht der Berichtsteller in folgenden drei Forderungen:

- a) Kontinuierliche Produktion, vernünftige Preispolitik und Kreditpolitik der deutschen Firmen.
- b) Abschluß eines regelrechten Handelsvertrages zwischen Deutschland und Italien. Dabei müssen die viel zu hohen italienischen Zölle auch im Gesamtinteresse der italienischen Volkswirtschaft gemildert werden.
- c) Befriedigende Regelung des Niederlassungsrechts für Deutsche in Italien, Gewährleistung der Sicherheit des nach dem Krieg in Italien erworbenen deutschen Eigentums.

Namens der deutschen Handelskammer für Oesterreich sprach Präsident Trostler-Wien. Unter anderem wies er auf die Bemühungen anderer Länder, namentlich Frankreichs und Englands, hin, um ihre Staatsangehörigen auf die Entwicklungsmöglichkeiten Oesterreichs im einzelnen aufmerksam zu machen und auf die Anstrengungen dieser Länder, den Handel mit Oesterreich durch Vermittlung der in Wien errichteten fremden Kammern zu steigern. Neben den rein wirtschaftlichen Grundfragen für den Aufstieg Oesterreichs und die strenge Zusammenarbeit zwischen ihm und dem deutschen Mutterlande seien aber auch die rein menschlichen Voraussetzungen nicht zu vergessen, nämlich die enge Blutsverwandtschaft zwischen Oesterreichern und Reichsdeutschen. Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Präsident Trostler eine Darstellung von den Bemühungen der deutschösterreichischen Regierung zur Hebung der heimischen Produktion und insbesondere des Außenhandels.

Für den deutschen Industrie- und Handelsstag, den Veranstalter der Tagung, hielt Dr. Huber ein ausführliches Referat. Er bezeichnete als die Aufgabe der Auslandshandelskammern die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder und Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Heimatland und Ausland. Bei den überweltlichen Kammern überwiegt die erste Aufgabe, bei den europäischen die zweite.

Zur Frage der Zusammenarbeit der deutschen Auslandshandelskammern mit den Handelskammern der Heimat und ihrer Spitzenvertretung, dem Deutschen Industrie- und Handelsstag, berichtete der Referent, daß manche Kammern in ihren Sitzungen den Wunsch nach dieser Zusammenarbeit besonders betonen. Die Kammern in Süd- und Mittelamerika haben sich in der „Hamburger Gesellschaft der Deutschen Handelskammern in den lateinamerikanischen Ländern“ eine gemeinsame Vertretung geschaffen, während die Kammern und Vereinigungen in Ostasien den „Ostasiatischen Verein“ in Hamburg mit ihrer Vertretung beauftragt haben. Der Referent kam zu dem Schluß, daß das Prinzip der Freiheit und der unbeeinträchtigten Entwicklung auf diesem Gebiete mehr als auf jedem anderen notwendig ist. Die Reichsregierung

